

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Geld- und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Sonntagsbeilage 80 Pfennig. Kleinanzeigen 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettschwarze Wort 25 Pfennig (außer zwei fettschwarze Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellfrist von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 15. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikalkonto: Berlin 37 338 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Disconto-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin SW. 68.

Frankreich und Amerika.

Berechtigte Entrüstung in Paris.

Wie wir in unserer gestrigen Abendausgabe bereits meldeten, hat Genosse Vincent Auriant im Auftrag der sozialistischen Kammerfraktion einen Antrag eingebracht, durch den die französische Regierung aufgefordert wird, neue Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung aufzunehmen, damit dem bereits abgeschlossenen Schuldenabkommen eine Transferklausel beigelegt werde, durch die die stabilisierte französische Währung vor Erschütterungen infolge der Jahreszahlungen ähnlich bewahrt bleibe wie die Mark durch eine ähnliche Bestimmung des Dawes-Plans.

Der amerikanische Staatssekretär Mellon hingegen hat bisher ein solches Entgegenkommen strikt abgelehnt. Die Forderung unserer französischen Genossen deckt sich vollkommen mit den Wünschen der Gesamtheit des französischen Volkes. Die Erbitterung, die in Frankreich über das schlockartige Verhalten Amerikas herrscht, ist nicht nur erklärlich, sondern — das muß gerade von deutscher Seite in aller Offenheit betont werden — durchaus berechtigt.

Für europäische Solidarität!

Paris, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anregung aus verschiedenen Ländern, besonders Skandinavien, Desterreich und Deutschland hin, hat am Dienstag zwischen einer Reihe namhafter Persönlichkeiten von internationaler Bedeutung, wie Painlevé, Lichtenberger, Rudolf Wissell, Thugault und anderen, eine erste Aussprache im Carnegie-Institut stattgefunden zu dem Zwecke, innerhalb des Völkerbundes eine engere Gemeinschaft zur schärferen Betonung der europäischen Solidarität zu gründen.

Caillaux und die Banken.

Paris, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Besprechung, die am Dienstagabend nach der Rückkehr Caillaux' aus London zwischen ihm und den hauptsächlichsten Vertretern der Großbanken stattfand, soll, wie die Blätter am Mittwoch zu melden wissen, beschlossen worden sein, ein aus den Vertretern der Großbanken und Börsenmakler zusammengesetztes permanentes Komitee zu bilden, das den Pariser Markt zu überwachen haben wird.

Der 14. Juli in Paris.

Kommunistische Kundgebung gegen Primo.

Paris, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Nationalfest ist am Mittwoch morgen bei prächtigem Wetter durch die übliche Truppenparade in Gegenwart des Präsidenten Doumergue, des Ministerpräsidenten Briand, sämtlicher Mitglieder der Regierung, des Sultans von Marokko, des spanischen Diktators Primo de Rivera und zahlreicher offizieller Persönlichkeiten der politischen und diplomatischen Welt gefeiert worden.

Elysee bis zum Triumphbogen, wo die Parade stattfand, zu postieren hatte, ausgestellt und überschütteten ihn bei der Durchfahrt mit Gekohle und schrillen Pfiffen. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen den Manifestanten, den Zuschauern und der Polizei. Zahlreiche Kommunisten wurden mißhandelt. Über hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befanden sich mehrere Spanier, die für Primo de Rivera beleidigende Flugzettel verteilten.

Belgiens Sozialisten und die Vollmachten.

Zustimmung des Generalrats.

Brüssel, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer beriet am Mittwoch den Gesetzentwurf zur Erteilung außerordentlicher Vollmachten an die Regierung und nahm ihn in erster Lesung an. Die endgültige Verabschiedung kann erst am Donnerstag erfolgen; die Zustimmung der Kammer ist jedoch nicht zweifelhaft.

sozialistische Generalrat

am Mittwoch ausführlich die politische Lage. Von verschiedenen Rednern wurden schwerwiegende Zweifel an der Richtigkeit der eingeschlagenen Politik erhoben, sowohl vom allgemeinen Standpunkt der Frankensammlung aus, wie insbesondere vom Gesichtspunkt der Arbeiterpartei. Vandervelde berichtigte die vorgebrachten Befürchtungen, indem er ausführte, daß die Vollmachten weder zur Erhöhung der Lohnsteuer noch zur Einschränkung der Pressefreiheit benutzt werden könnten.

Schließlich wurde die Parlamentsfraktion mit 38 gegen 10 Stimmen bei vier Enthaltungen ermächtigt,

dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Der Generalrat stimmte außerdem dem Gesetzentwurf über die Eisenbahnregie zu, nachdem er entsprechend den Forderungen des Generalrats von der Regierung abgeändert worden war. Das energische Auftreten von Regierung und Parlament hat in der Öffentlichkeit unzweifelhaft einen starken Eindruck gemacht, und die Erwartung ist allgemein, daß nunmehr energische Maßnahmen zur Abwehr der Valutakatastrophe getroffen werden, über deren Natur aber vorläufig noch nicht viel Positives zu sagen ist.

Furchtbare Justiz in Smyrna.

12 Todesurteile — sofort vollstreckt.

Smyrna, 14. Juli. (WIB.) Das Unabhängigkeitsgericht fällt heute das Urteil im Affentatsprozeß. Es verurteilte zum Tode die Abgeordneten Ruchdi Pasha, Schükl, Arif, Abidin, Halil, Dihanbulat, Zia Hürid und Hafiz Mehmed, ferner Edib, Ruffim, Ismail, Hüsluf, Abdus Kadir und Kara Kemal. Der Prozeß gegen Kauf, Adnan und Rahmi wird in Angora fortgesetzt werden. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Konstantinopel, 14. Juli. (WIB.) Die wegen des Komplotts gegen Mustafa Kemal Pasha zum Tode verurteilten Personen sind heute bei Tagesanbruch gehängt worden.

Die Ernennung des Grafen Lerchensfeld zum deutschen Gesandten in Wien steht unmittelbar bevor.

Diktatur in Sicht?

Von Hermann Müller-Franken.

Ein überzeugter bürgerlicher Demokrat, der Leipziger Rechtsanwalt Hermann Martin, hat vor kurzem unter dem Titel: „Demokratie oder Diktatur?“ im „Verlag für Politik und Wirtschaft“ ein Buch erscheinen lassen, das schon deshalb die Lektüre lohnt, weil in ihm viel Material über die Diktaturperioden und Diktaturbestrebungen seit Cäsars Zeiten zusammengetragen ist.

Hingegen darf das Buch als Informationsquelle über die deutsche Sozialdemokratie nicht benutzt werden. In diesem Punkte ist das Buch außerordentlich oberflächlich. Martin ist auch darin ein Fortschrittler von altem Schrot, daß er wie der selbige Eugen Richter bei der Sozialdemokratie überall Zeichen der Marierung sieht. Die Marierung soll soweit vollendet sein, daß die Sozialdemokratie die rote Fahne zusammenrollt und das schwarz-rotgoldene Banner entfaltet habe: „Wer seine Farben wechselt, hat auch seine Bestimmung gewechselt.“ (Seite 254.) Martin sieht richtig, daß die Sozialdemokratie zum heutigen Volksstaat, den sie für die breiten Massen des Volkes auf friedlichem Wege erobern kann, anders steht als zu dem Obrigkeitstaat der Vergangenheit und infolgedessen auch anders zu den Farben der Republik als zu der Fahne der Athenau-Mörder.

Doch Martin hat sein Buch in erster Linie für bürgerliche Leser geschrieben. Er sucht deshalb reichlich mit Zitaten aus den Schriften Heinrich von Treitschke zu wirken. Anregung zur Lektüre von Treitschke kann der bürgerlichen Jugend von heute nur dienlich sein. Sie kann aus ihm lernen, wie es in der sogenannten guten, alten Zeit in Deutschland wirklich ausah, in der die Patrioten eingekerkert wurden, und die Vorläufer der Grafen Westarp und von der Goltz die Einheit sabotierten und die Freiheit maltratierten.

Aber lassen wir Treitschke, Julius Cäsar, Cromwell, Napoleon I. und III. und sogar das Direktorium Gay-Rivour, das trotz der Blütezeit der Inflation 1923 nicht zur Welt kam und aus dem schon deshalb nicht analog 1799 der erste Konflikt entstehen konnte, ganz auf sich beruhen, und wenden wir uns den Fragen zu, um derenwillen Martin das Buch geschrieben hat, den Fragen:

Gehen wir einem Staatsstreich entgegen? Wird 1926 der angekündigte Stahlhelmaufbruch kommen? Steht Hannibal wirklich vor den Toren? Wir stimmen mit dem Verfasser darin überein, daß Bogel-Strauß-Politik die schlechteste Politik ist. Wir halten es auch für möglich, daß sogenannte entschlossene Männer eines Tages, verlockt durch das italienische Beispiel, den Versuch eines Staatsstreiches wagen könnten.

Martin überschätzt das Können entschlossener Männer unter den heute gegebenen Verhältnissen überhaupt. Es ist zum Beispiel völlig irrig, wenn Martin annimmt, daß die Revolution nicht triumphiert hätte, wenn die Regierenden 1918 der Gefahr ins Auge gesehen, oder wenn die in Kiel am 5. November 1918 vorhandenen 3000 Offiziere sich rechtzeitig zusammengeschlossen hätten. Was wäre da geschehen? Es wäre mehr Blut geflossen, aber der Lauf der Geschichte wäre letzten Endes nicht anders geworden. Als der Hohenzollernprinz Friedrich Leopold am 9. November 1918 auf seinem Glieder Schloß die rote Fahne aufzog, wußte er

genau, daß damals kein Preußenbündler für die Monarchie auch nur einen Pfennig geschweige denn Leben und Gesundheit zu opfern bereit war. Seither haben die nationalistischen Verbände in Deutschland gewiß wieder Zulauf erhalten, weil die sogenannten Staatsmänner der Entente den Weltkrieg mit einem unerhörten Gewaltvertrage abschlossen, der von der republikanischen Regierung — wie übrigens von jeder anderen auch — angenommen werden mußte, weil Deutschlands Kriegsgegner am Ende des Krieges infolge ihrer täglich wachsenden militärischen Ueberlegenheit jeden Frieden erzwingen konnten. Ludendorff wußte das schon Ende September 1918, als er vom Prinzen Max kategorisch den schleunigsten Abschluß eines Waffenstillstandes verlangte.

Die vaterländischen Verbände, insbesondere der Stahlhelm, suchten in der Folgezeit sich nach einem ausländischen Vorbild auszuheben. Sie ahmten den Faschismus nach, nachdem Mussolini Marsch auf Rom Erfolg gehabt hatte. Daher auch ihre Parole: „Deutschland den Frontsoldaten.“ Was steht hinter diesem Schlagwort? Sollten etwa die Frontsoldaten das doppelte Wahlrecht erhalten? Nein, denn jedes Pluralwahlrecht der Frontsoldaten läme den Sozialdemokraten und Kommunisten mehr zugute, als jeder anderen Partei. Oder soll dieses Schlagwort nur bedeuten, daß ein Fünftel der Frontsoldaten mit Diktaturvollmachten in Deutschlands Politik und Wirtschaft Ordnung schaffen soll? Wer glaubt im Ernst, daß der Weg zu Deutschlands erfolgreicher Befreiung von fremdem Joch über den blutigen Bürgerkrieg führt? Rationale Diktatur kann im letzten Ziele nichts anderes bedeuten als Zerstückung des Verfallenen Reiches. Ein Diktator muß Glück haben und darf nicht alt werden, sagt Martin. Wenn der verheißene Diktator aber nicht in kurzer Zeit dem deutschen Volke die Grenzen von 1914 wiedergeben könnte, würde er am Ende seines Lateins sein. Ein Diktator, der großen Worten nicht entsprechende Taten folgen läßt, wird persönlich mit seinem Kopfe haften, wenn er nicht wie Kapp rechtzeitig ein Flugzeug nimmt und ins Ausland flieht.

Wir wollen gewiß keiner Vogel-Strauß-Politik das Wort reden. Wir kennen auch das Statut für den geplanten Stahlhelmstaat, die Kundgebungen des alldeutschen Verbandes und die Artikel der „Deutschen Zeitung“. Wir verkennen keineswegs die Gefahr, die in den militärisch aufgelegenen vaterländischen Verbänden latent vorhanden ist. Sie können eines Tages schwerste Gefahren heraufbeschwören, vielleicht sogar ein Durcheinander erzeugen, das Deutschland eine neue Inflationszeit bringt, aber den Versailles Vertrag zerreißen, das können sie nicht. Das geht über die Kraft jedes „starken Mannes“. Vom „Kaiserismus“ hat die Welt ein für allemal genug. Der starke Mann wird aber der Exponent eines neuen deutschen Imperialismus sein, oder er wird nichts sein.

Die Abwehr jedes Versuches der Einsetzung eines Diktators hängt letzten Endes von der Konsolidierung der Staatsgewalt, dem Funktionieren der zum Schutz des Staates bestellten Organe und von den demokratischen Gegenkräften ab, die aus dem Volke selbst entwickelt werden können. Was der erste anbetrifft, so kommt es auf die Zuverlässigkeit der Schutzpolizei und der Reichswehr an. Die Polizeimacht und die Heeresverfassung sind durch den Versailles Vertrag bestimmt. Wer die Reichswehr nicht lediglich zu einer Schutztruppe der politischen Reaktion degradieren will — und das wollen ihre verantwortlichen Leiter gerade aus militärischen Gründen nicht —, der wird sie nicht in scharfen Gegensatz zu der Masse der deutschen Arbeiterschaft bringen. Schließlich ist der Ludendorff-Hitler-Rahr-Losow-Putsch mit daran gescheitert, daß die Reichswehr die Pläne der von der Münchener Regierung gedeckten Hochverräter nicht mitmachte. Darüber geben die Aussagen v. Losows im Hitler-Prozess Aufschluß. Herr v. Seeckt hat damals Herrn Seeber rechtzeitig erklärt, daß die Reichswehr den Marsch auf Berlin nicht dulden würde. Mit der Parallele

zum Marsch auf Rom war es also nichts. Dabei war der Münchener Novemberputsch von 1923 stark begünstigt durch die Verzweiflung, die in der Zeit der größten Inflation weite Volksteile erfaßt hatte. Seither hat sich einiges geändert. Die Anhänger Hitlers und v. Graes besämen sich bis aufs Messer. In Ludendorffs „Patentlösung“ glaubt kein Mensch mehr. Aus den Verfassungsparteien heraus entstand die starke Reichsbannerbewegung. Der vielgeschmähte Parlamentarismus hat dem deutschen Volke wieder die Goldwährung gebracht. Jeder fremde Besucher staunt über die Konsolidierung des deutschen Staatswesens, und das nach dem größten Staatsbankrott, den je ein Volk in der Geschichte angefaßt hat.

Das alles hat sich nicht unter einem Diktator vollzogen, sondern in der Amtszeit des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, den die Nationalisten als früheren Sattlergesellen so oft höhnlisch herabzusehen versuchten. Wobei diese Herrschaften vergessen, daß ihr Ideal nur der Affe Mussolini sein könnte. Mussolini, der kein Fachminister, kein Verwaltungsjurist, nicht einmal ein General war, sondern Volksschullehrer und Redakteur, übrigens zwei von den Bismarckdeutschen besonders niedrig eingeschätzte Berufe, und der in der Schweiz einst auch Tagelöhner, Maurer, Lastträger und Begearbeiter war. Freilich würde vielleicht auch von deutschen Nationalisten ein Volksschullehrer gefeiert, wenn er Mussolini nachplapperte: „Die Menschen sind der Freiheit müde. Sie haben mit ihr eine Orgie gefeiert.“ Haben die Menschen die Orgie mit der Freiheit vielleicht im Kriege gefeiert? Faschismus will doch Kriegserlebnis sein. Auch kommendes. Deshalb schon kann er für Deutschland niemals die gleiche Bedeutung erhalten, wie leider unter anderen Voraussetzungen für das arme italienische Volk von heute.

Der Kampf der deutschen Nationalisten gilt in erster Linie dem Parlamentarismus. Mit Recht sagt Martin, daß die Nationalisten den Parlamentarismus meinen, wenn sie auf den Marxismus schlagen. Zu Bismarcks und Bülow's Zeiten war das Schlagwort: „Kampf gegen den Marxismus!“ noch nicht erfunden. Vielleicht, weil damals schon Sombart und Herkner angeblich den Marxismus gänzlich widerlegt hatten! Dann wollte Hitler, der allerdings niemals mit der Wissenschaft eine Orgie gefeiert hat, der „Zerbrecher des Marxismus“ werden. Statt dessen brach seine eigene Bewegung zusammen. Der Frontsoldat, der mit der Stallaterne den starken Mann sucht, hat in der Regel vom Marxismus überhaupt keine Ahnung. Aber die Rechte braucht solche Schlagworte, um von den wahren Zielen abzulenken. Zweck solcher Uebung ist Diskreditierung des Parlamentarismus, der, wie erinnerlich, noch unter Wilhelm II. im Oktober 1918 durch den Prinzen Max von Baden als notwendige Voraussetzung für die Erreichung jeden Friedens eingeführt wurde. Heute redet die Rechte an Feiertagen für die Monarchie, ihr nächstes Ziel aber ist die autoritäre Republik. Die Republik von Weimar soll, ihren sozialen Tendenzen entkleidet, der Bourgeoisie und den Agrariern dienstbar gemacht und damit dem werktätigen Volke verfehlt werden. Das ist die nächste und größte Gefahr. Ihr gilt es zu begegnen. Gelingt das, so wird eine reaktionäre Welschensrepublik auch nicht das Sprungbrett abgeben können für einen Diktator, dessen Mission doch auf politischem Gebiete ihr Ende finden müßte, weil seiner Betätigung auf außenpolitischem Gebiet die demokratischen Kräfte von fünf Weltteilen im Wege ständen.

Reichswehr und Schutzpolizei.

Keine polizeilichen Befugnisse der Reichswehr.

Die Frage, ob die Reichswehr berechtigt ist, unter Umständen polizeiliche Befugnisse auszuüben, gehört zu den Problemen, die auch heute noch langwierige Kompetenzkonflikte heraufbeschwören.

Regierungsassessor Dr. Janich, der dem preußischen Innenministerium zugeteilt ist, unterzieht die Streitfrage im

Heft 13 der Zeitschrift für das Polizei- und Kriminalwesen „Polizei“ einer eingehenden Untersuchung. Er macht darauf aufmerksam, daß schon vor dem Kriege die Polizeigewalt des Militärs durch die preußische Verfassung von 1850 auf ganz spezielle Fälle beschränkt war. Sie durfte nur zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Befehle in den vom Befehle bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörde verwendet werden.

Die Weimarer Verfassung hat eine grundlegende Aenderung der Rechtslage geschaffen. Die Reichswehr ist im Gegensatz zu früher Reichs Sache geworden, die Polizei ist Aufgabe der Länder geblieben. Damit ist nach innen wie nach außen der Trennungsstrich scharf gezogen worden. Die Wehrmacht darf in die polizeilichen Befugnisse der Länder nicht mehr selbständig eingreifen. Auch Artikel 48 der Reichsverfassung gibt nach Ansicht des Verfassers dazu keine Handhabe.

Wo die Reichsregierung wirksam wird, übernimmt das Militär nicht die Ausübung polizeilicher Tätigkeit in Vertretung der Polizei, sondern tritt als besonderes Reichsorgan kraft Reichsrecht in besonderer Funktion auf.

Dr. Janich kommt damit zu dem Urteil, daß die geltenden Dienstvorschriften der Reichswehr, soweit sie Bestimmungen polizeilicher Art enthalten, die über den Rahmen der Reichswehr zukommenden Anstaltspolizei hinausgehen, die Grenzen des Notwehrrechts überschreiten oder nicht lediglich für den Fall einer Reichsregierung bestimmt sind, nach außen keine rechtsverbindliche Kraft haben und keine polizeilichen Befugnisse der Reichswehr begründen können.

Darüber hinaus ist aber auch das Recht auf die Anstaltspolizei innerhalb des eigenen Betriebes an gewisse Grenzen gebunden. Die Militärverwaltung unterliegt, wie jede andere öffentliche Anstalt, Reichspost, Reichsbahn usw., der allgemeinen Polizei. Das führt nicht selten zu Streitigkeiten mit der Militärverwaltung. Dr. Janich führt dafür einige interessante Beispiele an:

So hat sich z. B. ein Wehrkreiskommando, dessen Sitz in Preußen liegt, auf den Standpunkt gestellt, die Polizei habe kein Recht dazu, nach den Gründen zu forschen, die einen Angehörigen der Reichswehr zur Begehung eines Selbstmordes veranlaßt haben, und diese Auffassung damit begründet, daß es sich dabei um eine innere Angelegenheit der Reichswehr handle. Eine solche Auffassung wird als irrig abgelehnt werden müssen. Die Aufklärung nicht-natürlicher Todesfälle ist Aufgabe der Polizei in ihrer Eigenschaft als gerichtlicher Polizei. Solange es eine besondere Militärgerichtsbarkeit gab, konnten die Militärgerichtsbehörden etwa erforderliche Ermittlungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Militärorganen anstellen. Nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit sind jedoch die ordentlichen Gerichtsbehörden auch für Angehörige der Reichswehr zuständig geworden; mit der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte greift aber nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auch das Recht und die Pflicht der ordentlichen Polizei, derartige Vorgänge gegebenenfalls aufzuklären, Platz.

Schließlich sei noch der Versuch erwähnt, unter Berufung auf die Militärhoheit die Frage der Schankgenehmigungspflicht von Militärkantininen und ähnlichen Einrichtungen ohne weiteres verneinend zu beantworten. Auch hierbei kann nach der gegenwärtigen Rechtslage der Militärhoheit bei der Entscheidung keinerlei Bedeutung zukommen. Diese hat mangels eines ersichtlichen Zusammenhanges ganz auszuschließen; die Entscheidung wird vielmehr an Hand der allgemeinen Bestimmungen der Gewerbeordnung zu erfolgen haben.

Die Darlegungen Dr. Janichs zeigen den grundlegenden Unterschied, der zwischen der Wehrmacht der Kaiserzeit und der Reichswehr der deutschen Republik besteht. Der alte Obrigkeitstaat ist beseitigt und mit ihm jene Art von Militär, die für sich ein Ausnahmerecht fordern zu dürfen glaubte.

Tyrrhenische Küste.

Von Max Hochdorf.

Hier ist gesegnetes Land. Ueberall zerbrechen die Hochgewässer Dämme und Deiche. Hier zwitschern die Vögel in der Sonne und die kranken Menschen lassen sich in den heißen Seesand eingraben, damit die brennende Erde ihnen die Lähmung aus den Gliedern jagt.

Hier hat Böcklin geträumt, wenn er die Meereslandschaft, die er nie nach der Wirklichkeit, sondern stets nach der Phantasie auf der Leinwand schäumen ließ, ausgrübelte. Hier hat eine der edelsten deutschen Dichterinnen, Johde Kurz, jahrelang ihre schöne, klangvolle Sprache gepflegt. Dann wurde sie weggejagt, und heute noch will man nicht gutmachen, was der Krieg gefündigt hat.

Hier wohnte mit einer geliebten Frau Puccini, der zwar beim Wagner'schen Wohlklang Anleihe machte, die selbstlich drahtet und verzert wurde, der aber doch die ganze Welt mit herrlichen Hymnen der Leidenschaft und des Schmelzes beschenkte.

Hier hausten endlich in sehr großer Frömmigkeit, mitten in schattenspendenden Pinienwäldern und in frühlichen Schlössern mit Grabkapellen und märchenhaften Weinkellern Bourbonen und Fürsten von Toscana. In naher Nachbarschaft wuchsen da auf die österreichische Kaiserin Sita und jene mannstolle Luise von Sachsen, die heute in Brüssel ehemaligen Reichtum und vergangene Abenteuerlust beweint. Diese Prinzen, diese Prinzessinnen alle, die irgendwo auf der nicht siegreichen Kriegseite gestanden hatten, wollten Schloß und Renten zurückhaben. Die Italiener haben heute zwar viel auf dem Sündenregister, man kann ihnen aber keine falsche Sentimentalität vormwerfen. Eine Fürstenabfindung gibt es für sie nicht. Sie nahmen den hohen und den allerhöchsten Herrschaften, was sie einst unter dem paradiesisch blauen Himmel an irdischen Herrlichkeiten besaßen. Sie kümmerten sich den Teufel um das Gejaule der Damen und Herren, die nun anderweitig auf Pump leben oder sich auf sonstige Bürgerart ihr Brot verdienen können. Es sei zum Zoll der Gerechtigkeit erzählt, daß manche das ganz gut verstehen.

Landeinwärts vom Tyrrhenischen Meere, und man gelangt in die Marmorbrüche nach Carrara. Altes Land, heiliges Steinland, weil hierher schon Michelangelo kam, um die Blöcke für seine Werke auszuheben. Man stelle sich den gewaltigen Florentiner vor in seiner Arbeitsunrast. Er glück, wie er da so, gebückt und vom inneren Kampfe ausgedörrt, ins Gebirge wanderte, durchaus einem der hageren Steinbrecher, die ihm helfen sollten. Der Marmorbruch geschieht noch heute nach altertümlicher, primitiver Art. Manches Menschenleben ging zugrunde durch Pulverminen, die unvorsichtig entladen, durch Felsblöcke, deren Wucht und fürzendes Gewicht nicht rechtzeitig genug vermieden werden konnten. Und die Blöcke werden heute, genau wie vor einem halben Jahrtausend, von Ochsen gespannt ins Tal geschleppt. Oft zwanzig bis dreißig in einem Gespann, und hoch oben, in der Gabelung jeder Deichsel, sitzt ein Treiber, der die

Peitsche schwingt. Und der Block wird auch heute noch altertümlich primitiv zerlegt. Ein Schneidekraut in eine Kerbe eingefügt, und dann wühlt sich und wälzt sich der Draht tagelang, eine Woche lang in das Gestein hinein, um schwerfällig und beinahe hinterlistig das Ungeheuer des Felsblocks zu zerlegen.

Schutz dem Bodensee! Auf Veranlassung des Instituts für Seenforschung und Seenbewirtschaftung in Langenargen sind Richtlinien für den Schutz der Bodenseeräume ausgearbeitet worden, deren Befolgung bei den Behörden der einzelnen Uferstaaten durchgesetzt werden soll. Es wird gefordert, daß im Interesse der Tier- und Pflanzenwelt gewisse Uferstreifen unter Bauverbot gestellt werden, daß den Fischen ihre Laichplätze und den Vögeln ihre Brutstätten erhalten bleiben, daß die Gebiete am Seeufer von der Jagd ausgeschlossen sind, Ufermauern nur bei unbedingt notwendiger Errichtung werden, Fischregulierungen und Entwässerungsarbeiten auf die Erhaltung des Landschaftsbildes Rücksicht nehmen und eine planmäßige Regelung des Bauschutzes am Ufer durchgeführt wird.

Internationaler Kampf gegen die Verunreinigung der Luft. Nach einem Vortrag von Prof. J. Stoklasa (Prag) hat der Internationale Kongress für Forstwirtschaft in Rom eine Entschließung angenommen, in der auf die ständige Steigerung des Gehalts an schädlichen Gasen in der Luft von Industriegebieten, Bergwerken und Großstädten und auf die damit verbundene Gefahr für die Entwicklung der Bevölkerung, der Pflanzen- und Tierwelt hingewiesen wird. Es wird angeregt, Versuchstationen zu schaffen, die feststellen sollen, wie weit Menschen, Tiere und Pflanzen durch die in der Luft entweichenden Emissionen von Industrieanlagen, Bergwerken und Hausfeuerungen ungünstig beeinflusst werden, innerhalb welcher Grenzen sich der Gehalt der Luft an solchen Substanzen bewegen darf, ohne zu schaden, und wie weit es in der Praxis möglich ist, die Rauchgase von diesen Bestandteilen zu befreien, ohne daß die Rentabilität der Unternehmungen dadurch beeinträchtigt wird. Zu diesem Zwecke wurde eine Internationale Kommission eingeleitet, zu deren Vorsitzendem Prof. Stoklasa gewählt wurde, und der von Deutschen die Professoren Wiesler (Wachen) als 2. Vizepräsident, Semmermann (Berlin) und Tiegls (Berlin-Dahlem) angehören.

Eine römische Kolossalstatue gefunden. Die Arbeiten zur Freilegung der kaiserlichen Fora von Rom werden mit Eifer fortgesetzt. Es sind bereits 25 000 Kubikmeter Erde vom Forum des Augustus und 10 000 vom Forum des Trajan weggeschafft worden. In dem Maße, in dem die Schuttmassen verschwinden, zeigt sich immer eindringlicher die grandiose Schönheit einer versunkenen Welt, die mit ihrer verwirrenden Fülle von Bögen, Toren und Säulen und Treppen den Beschauer erschüttert und zur Begeistigung hinreißt. Erst dieser Tage wieder wurden bemerkenswerte Funde bei dem sog. Tribunal links vom Marstempel gemacht. Dort fand man eine weitgedehnte Kapelle oder richtiger gesagt ein Zimmer, das mit Fresken und Marmorwerken reich geschmückt ist und in dessen Mittelpunkt sich an der hinteren Wand das Unterstück einer Statue befand, die noch die Spuren reicher Ornamente erkennen läßt. Diese Statue, die auf Grund der Ausmaße des Sockels eine Höhe von rund 12½ Metern gehabt haben dürfte, ist zweifellos als das Monument eines Helden

anzusprechen, der mit der Rechten eine Lanze hielt. Es handelt sich vielleicht um die Statue eines zu göttlicher Würde erhobenen Kaisers. In diesem Falle könnte aber Augustus selbst schwer in Frage kommen, da der Gehmaß für Kolossalstatuen mehr dem zweiten als dem ersten Jahrhundert des Kaiserreichs angehört.

Entwicklung des Postwesens in der Sowjetunion. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet über die Entwicklung des Postwesens seit 1913 unter anderem: Infolge der ungenügenden Ausdehnung des Postverkehrsnetzes konnten in der Vorrevolutionenzeit nicht mehr als 3 Prozent der Ansiedlungen auf dem flachen Lande von den Postbehörden versorgt werden. Inzwischen ist das Institut der Dorfbriefträger — zu Fuß und zu Pferde — eingerichtet worden; ihre Zahl beträgt zurzeit 12 500. Jeder Briefträger hat zweimal wöchentlich oder noch häufiger 6 bis 7 bestimmte Dörfer nach einer festgelegten Route, insgesamt im Umkreise von etwa 22 Kilometer zu bedienen. Gegenwärtig bedient die Post mehr als 200 000 Ansiedlungspunkte auf dem Lande und versorgt somit fast 80 Prozent der Bevölkerung. Ueber die Verbreitung der Zeitungen in den Dörfern ist zu sagen, daß ein Zeitungsexemplar im Durchschnitt auf 120 Dorfbewohner entfällt. Die Gesamtlänge der Eisenbahnpostlinien ist gegenüber dem Jahre 1913 um 20 000 Kilometer erweitert worden. Einen Lustverkehr gab es in der Vorrevolutionenzeit überhaupt nicht; gegenwärtig umfaßt derselbe 6300 Kilometer. Die bedeutendsten Punkte der Sowjetunion sind nunmehr durch Luftverkehrslinien verbunden. Für den Luftverkehr besitzt die Sowjetunion 49 Empfangs- und Sendestationen, sowie 283 große Empfangsstationen. Die Entwicklung des Luftverkehrs nimmt einen raschen Fortgang. Die Gesamtzahl der im Verkehrswesen beschäftigten Personen beträgt nunmehr 89 000 gegen 69 000 im Jahre 1913. Während sämtliche Verkehrsarten 1913 einen Ertrag von 89 Millionen Rubel ergaben, ist im laufenden Jahre ein Gesamtertrag von 153 Millionen Rubel zu erwarten.

Das Publikum soll mitsingen. Ein großer Londoner Gesangsverein, die Community Singers' Association, hat sich vorgenommen, das Publikum, das sich während der Mittagspause auf den Geschäftsstraßen und in den Parks befindet, zum gemeinsamen Singen zu bringen. Der Verein selbst wird zunächst täglich um 1 Uhr in einem Archhof am Trafalgar-Square sich aufstellen und allgemein bekannte Volkslieder vortragen. Eine besondere Truppe unter den Mitsingern ist dazu bestimmt, das Publikum zum Mitsingen zu animieren. Der Mittagsgesang soll eine allgemeine Londoner Gewohnheit werden.

Zum Flug Berlin-Befing. In Kalan sind der Anblick der sowjetrussischen Zivilflugfabrik Palm und ein Vertreter der Deutschen Luftlinie eingetroffen. Die beiden Herren haben bereits sämtliche Flugplätze vom Ostsee bis Kalan besichtigt und Vorbereitungen für den bevorstehenden Flug Berlin-Befing getroffen. Die Flugplätze sollen sämtlich in gutem Zustande gewesen sein.

St. Mussolini. Eine neue Glasfabrik in Turin, die dieser Tage vom italienischen Innenminister eingeweiht wurde, hat ein hartes Kirchengelächter angelockt. Das Mussolini auf einem Balkenbalken mit einem Erhabenheitskranz umgeben, zeigt. Das Fenster ist Mussolini zum Geschenk gemacht worden und soll in einem der öffentlichen Gebäude Roms Aufstellung finden.

Hinter Sowjet-Mauern. Hungerstreik des Genossen Rutschin.

Die Auslandsvertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat die Nachricht bekommen, daß eines der hervorragendsten Vorstandsmitglieder der Partei, der im Spätherbst 1924 verhaftete Genosse Georg Rutschin, im Zuchthausgefängnis in Soratow einen Hungerstreik erklärt hat.

Genosse Rutschin hat sich als junger Student vor bald zwanzig Jahren, in der Zeit der schlimmsten Reaktion, nach dem Zusammenbruch der ersten Revolution, der Partei angeschlossen und ist seit jener Zeit unermüdet im Kampfe um die Sache der Arbeiterklasse, um Freiheit und Sozialismus tätig. Seit 1915 gehört Rutschin dem Vorstand der Partei als einer seiner jüngsten Mitglieder an. Nach dem Sturz des Zarismus wurde Genosse Rutschin zum Vorsitzenden des Soldatenrates der XII. Armee, bald darauf zum Vorsitzenden des Soldatenrates der NW-Front und zum Mitglied des Allrussischen Volkswirtschaftsrates der Sowjets gewählt. Im August 1917, als in Moskau die sogenannte „Staatsversammlung“, eine Art Vorparlament, einberufen wurde, trat hier Genosse Rutschin als Führer der gesamten Delegation der Frontsoldaten, dem General Kornilow, dem damaligen Befehlshaber der Front und dem zukünftigen Führer der Weißen Armee, entgegen.

Nach der bolschewistischen Revolution hat Genosse Rutschin die unerschütterliche Treue der Partei bewahrt und war unermüdet in der Organisation der Arbeiterklasse tätig. Als im Jahre 1919 Kiew von den Weißen besetzt und die Arbeiterorganisationen der Befreiung seitens der weißen Diktatur ausgelegt wurden, trat Rutschin, zum Vorsitzenden des Kiewer Gewerkschaftsrates gewählt, mit ungeborenem Mut und mit zäher Energie der Reaktion entgegen, was allerdings die Bolschewisten nach ihrer Rückkehr nicht hindert hat, Rutschin und mit ihm eine Gruppe führender Kiewer Sozialdemokraten und Gewerkschafter wegen eben dieser Tätigkeit als Legalisten zu verfolgen und ins Gefängnis zu werfen. Bald wurde aber Kiew von den Weißen wieder bedroht. Rutschin wurde freigelassen und trat bei einer von der Partei durchgeführten Mobilisation ihrer Mitglieder in die Rote Armee ein, der er bis zum Ende des Bürgerkrieges angehörte.

In den Jahren 1921 bis 1922 wurden die letzten legalen Organisationen der Partei mit den Mitteln des grausamsten Terrors vernichtet und die Partei allmählich zur völligen Umstellung auf ein illegales Dasein gezwungen. Genosse Rutschin wurde nach Turkestan verbannt, ist bald geflüchtet und mit eiserner Energie widmet er sich der Wiederherstellung und dem Ausbau der Partei. Im Sommer 1924 kam er illegal ins Ausland, hat als Vertreter der russischen Sozialdemokratie an einer Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Wien teilgenommen und auch dem Wiener Internationalen Gewerkschaftskongress beigewohnt und ist bald nach Rußland zurückgekehrt. Zwei Monate später gelang es endlich der Tscheka, den mit allen Hunden gehegten Führer der Sozialdemokratie zu verhaften.

Durch Beschluß der Tscheka, ohne jegliche gerichtliche Verhandlung, wurde er zu einer selbst in Rußland beispiellosen Strafe „verurteilt“: zehn Jahre Gefängnis mit strenger Isolierung.

Es sei nur erwähnt, daß selbst nach dem Sowjetrecht die Tscheka (jetzt die GPU) nicht mehr als zu drei Jahren Gefängnis „verurteilen“ darf und daß die Strafe von zehn Jahren Gefängnis mit strenger Isolierung sonst nur im Falle der Begnadigung der zum Tode Verurteilten angewandt wird.

Fast zwei Jahre sitzt bereits Genosse Rutschin in strenger Isolierung. Seht hat er den Hungerstreik erklärt mit der Forderung, ihn in irgendein anderes Gefängnis zu überführen und ihm dort den Verkehr mit anderen verhafteten Parteigenossen zu erlauben sowie seiner nach Turkestan verbannten Frau zu gestatten, in derselben Stadt, wo er sitzen wird, zu wohnen.

Für diese in ihrer Bescheidenheit fast unglaublich scheinenden Forderungen muß ein mutiger proletarischer Kämpfer wie Rutschin sein Leben aufs Spiel setzen. Flammende Sympathien des gesamten klassenbewußten Proletariats sind ihm sicher.

Der Hitler-Skandal in Weimar.

Dinter leugnet und verleumdete. — Innenminister gegen Oberbürgermeister.

Weimar, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratung der Großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Ausschreitungen beim Reichsparteitag der Nationalsozialisten fand am Mittwoch bei außerordentlich starker Besetzung der Tribünen statt. Dieser starke Besuch des Hauses veranlaßte den Führer der Nationalsozialisten Dinter, wie der sozialdemokratische Redner, Genosse Frölich, mitteilen konnte, zu der Taktik, alle Angriffe der Sozialdemokraten und Kommunisten ruhig über sich ergehen zu lassen, um nachher beide Parteien durch maßloses Schimpfen zu provozieren und auf der Linken einen Tumult zu entfachen. Auf diese Weise hoffte er, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob die Sozialdemokraten und Kommunisten sowohl im Landtag wie in den Straßen Weimars die Ruhestörer gewesen seien.

Zunächst ging Dinter sehr zahn vor. Er gab zu, daß einzelne Nationalsozialisten die Parteidisziplin gebrochen und den Anordnungen der Polizei nicht Folge geleistet haben. Nach dieser lahmenden Entschuldigung begann er aber mit Vorwürfen und läugerischen Behauptungen und Verdrehungen gegen das Reichsbanner, die Sozialdemokraten und Kommunisten und selbstverständlich auch die Juden. Gegen Schluß seiner Rede versuchte Dinter, den Nordversuch der Nationalisten an einem blauen Polizeibeamten von seinen Freunden ab- und den Kommunisten zuzuwälzen. „Dieser planmäßig organisierte Nordversuch“, rief er, „gehört in die Reihe der kommunistischen Politik!“ Die Folge war ein ohrenbetäubender Tumult bei den Kommunisten. Einer der kommunistischen Abgeordneten ging mit erhobener Faust auf den Redner los. Andere Abgeordnete sprangen dazwischen. Zahlreichen Ordnungsrufen und den Einwirkungen der Sozialdemokraten gelang es, die Kommunisten schließlich zu beruhigen.

In der Beantwortung der „Großen Anfrage“ versuchte der Innenminister die Schuld an den Ausschreitungen zu verteilen. Einige Vorfälle seien auf das Schuldkonto der Nationalsozialisten zu setzen, so u. a. die Angriffe auf das Volkshaus. Bedauerlich seien die Angriffe von 15 Nationalsozialisten auf den Anhänger der sozialistischen Arbeiterjugend, Frölich, und auf ein mit vier Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens besetztes Auto. Zur Beschönigung der Schuld der Nationalsozialisten nahm sich der Minister dann einige Fälle vor, die sich nach dem Parteitag ereignet haben, wobei er behauptete, die Kommunisten hätten planmäßig Provokationen organisiert. Dem Weimarer Stadtrat und seinem Oberbürgermeister, der die Ausschreitungen der Nationalsozialisten scharf verurteilt und diese Verurteilung öffentlich hatte anschlagen lassen, erklärte der Minister kurz den Kampf.

Aus der Aussprache, die mittags abgedrungen und auf Donnerstag vertagt wurde, ist noch erwähnenswert, daß zwei der nationalsozialistischen Kadaverhelfer Verbrecher sind, die wegen Diebstahls gerade abgestraft waren; einer war eben rechtzeitig zum Nationalsozialistischen Parteitag nach 13½ Jahren aus dem Gefängnis entlassen worden.

Drunter und drüber.

Das wahre Gesicht der KPD.

In der kommunistischen Partei reifen die taktischen Debatten über den Kurs, den die Partei einschlagen soll, überhaupt nicht ab. Jede Woche veröffentlicht die „Rote Fahne“, daß die kommunistische Partei fester und entschlossener denn je dasteht, alle Menschewisten, Dissozianten, Reformisten und Anarchisten aus der Partei Gott sei Dank hinausbefördert seien und daß es jetzt nur noch Klassenbewußte, streng moskaufromme Revolutionäre in der KPD gäbe. Ruth Fischer und Maslow sind „moralisch erledigt“, alle Rechtsgefährden sind gebannt, Abweichungen kommen nicht mehr vor, die Partei marschiert, sie ist die Führerin des deutschen Proletariats. Sie führt nicht nur die Proleten, sie zwingt sogar schon die katholischen Bischöfe in ihren Bann. So steht es auf dem geduldigen Papier der „Roten Fahne“. In Wirklichkeit ist es etwas anders. Die „Schwäbische Tagwacht“ veröffentlicht den Situationsbericht der württembergischen Bezirksleitung vom 26. Juni, also neuesten Datums. Aus diesem Bericht erhält man ein ganz anderes Bild über die wirklichen Zustände in der KPD. Da der Bericht von den Kommunisten selber stammt, kann man getrost annehmen, daß er die Verhältnisse nicht übertrieben pessimistisch schildert. In diesem Bericht heißt es u. a.:

Trotz des Abflusses der Diskussion über den offenen Brief der KPD haben sich in den letzten Monaten eine Reihe von Vorgängen im Bezirk abgespielt, die aufzeigen, daß die Partei weder politisch noch organisatorisch ein festgefügtes Körper ist. Es sind, wie die nachstehenden Tatsachen erhärten, keine persönlichen Entgleisungen einzelner Genossen, sondern Verstöße von Gruppen sowohl politischer als auch organisatorischer Art. Politisch zeigten sich die allerstärksten Widerstände gegen die Durchführung der Linie des offenen Briefes.

Die Einheitsfronttaktik.

Diese wird von einer ganzen Reihe von Genossen in ganzen Gruppen immer wieder so aufgefaßt, als ob die Partei beim Zusammengehen mit sozialdemokratischen Arbeitern Konzessionen zu machen hätte, die das politische Gesicht der Partei verwischen. Beispiele dafür sind folgende:

Die Parole der Partei, Staatskredite an Betriebe nur zu gewähren, wenn diese verstaatlicht und unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften weitergeführt werden, wurde von den Genossen für falsch erklärt mit der Begründung, daß man mit unserer Kontrollforderung keine Staatskredite erhalten werde. In derselben Linie liegen die Vorgänge am 1. Mai in Ehlingen und Ludwigsburg, wo man, um die SPD für den Raumzug zu gewinnen, als Hauptredner einen rechtssozialdemokratischen Führer bestimmte, die Sowjetfahne entfernte und die Sowjetabzeichen mit weißen Tüchern verhängte.

In der Fortsetzung dieser Linie wurden bei der

Fürstenentlohnungskampagne

sogenannte Einheitskomitees geschaffen in Stuttgart-Ost und Heslach, die unter Ausschaltung des Namens der Partei unter den Firmen Einheitskomitees Veranstaltungen durchführten, die sowohl in ihrer Art als auch in der Zusammensetzung dieser Einheitskomitees nur zum Ziel hatten, 20 Millionen beim Volkswahl, d. h. einen demokratischen Sieg. Das Ausbleiben dieses „Sieges“ hat diese Genossen in eine Niederlagebestimmung gebracht. Aber schon die Zusammensetzung dieser Einheitskomitees zeigt, daß es ein Abwenden von der grundsätzlichen Linie der Partei war und daß die Bildung dieser Einheitskomitees nur durchgeführt wurde, um einen Erfolg für die in den Betrieben zu bildenden, aber sabotierten Einheitskomitees zu bekommen. Sogenannte Einheitskomitees, in denen nur Kommunisten sitzen, selbst wenn sie Organisationen vertreten, in denen es auch Sozialdemokraten gibt, wie Gefängnis- und Turnvereine usw., sind keine Einheitskomitees, die die proletarischen Massen, die in den Betrieben stehen, erfassen, sondern sind eine Ablenkung davon. Man braucht diesem Bilde nur noch hinzuzufügen, daß diese Gruppen, die die obige Politik machen, geschworene Feinde der Betriebsorganisation der Partei sind und die mit ihrer politischen Arbeit, wie obige Beispiele aufzeigen, alles von den Betrieben ablenken und auf die Wohnorganisation hinlenken, und man hat das gesamte Bild einer starken opportunistischen Gruppe in der Partei.

Weitere Erscheinungen von Opportunismus.

Der zu schlimmer Korruption ausartet, sind folgende Vorgänge: In einigen Ortsgruppen bauen sich die kommunistischen Gemeinderäte Wohnhäuser, ohne daß sie zunächst im Besitz irgendwelcher Barmittel sind. Sie nehmen dazu in Anspruch in erster Linie den Staatskredit, der ihnen von kommunistischen Abgeordneten von der Wohnungskreditanstalt verschafft werden muß, in zweiter Linie bekommen sie dann einen Kredit in gleicher Höhe von der Gemeindefasse. Nimmt man dazu, daß in einem Falle sogar der Staat den Bauplatz dazu stellte, und die Zahlung stundete, und daß derselbe noch Bankkredite in Anspruch nehmen mußte, und jetzt trotzdem vor der Taxifasse steht, eine ganze Reihe von Handwerkern nicht bezahlen zu können, so haben wir das abgerundete Bild eines forumpierten und unmöglich gemachten kommunistischen Vertreters.

Der Ueberfall auf die „Münchener Post“.

29 Hitler-Leute zum Schadenersatz verurteilt.

München, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Es ist bekannt, daß die vandallische Zerstörung der „Münchener Post“ in der Nacht des Hitler-Putschs weder im großen, noch in den sogenannten kleinen Hitler-Prozessen eine strafrechtliche Sühne gefunden hat, trotzdem sowohl die Anstifter als auch die ausführenden Leute genau ermittelt waren. Die Firma Wirt u. Co. hat deshalb vor einiger Zeit gegen 33 Angeeschuldigte Zivilklage angestrengt, worauf nunmehr das Landgericht I Urteil erlassen hat. Unter Freispruch von vier Beschuldigten wurden in dem Urteil 29 als Gesamtverbindlich zum Ersatz des nach gerichtlicher Feststellung angerichteten Schadens verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich u. a. der berühmte Zigarrenhändler Berchtold, der nach dem Hitler-Putsch ins Ausland geflüchtet war, nach seiner Rückkehr aber sofort wieder die Leitung der von Hitler neu aufgegebenen Sturmabteilung, genannt Schutzstaffel, übernommen hat; ferner die bekannten Führer des Hitler-Stoßtrupps aus dem Jahre 1923, darunter auch der heilige nationalsozialistische Münchener Stadtrat Fieher, von Beruf städtischer Verwaltungsrat. Wie das Gericht in der Urteilsbegründung feststellte, ergibt sich aus den Akten mit voller Sicherheit, daß an jenem 8. November der noch im

In unserer Landtagsfraktion

gab es auch eine Reihe Dinge zu liquidieren. Bis zum Herbst verstofften Jahres existierte ein sogenanntes Fraktionssekretariat. Der verantwortliche Sekretär war Genosse Karl Müller, der sich für diese Tätigkeit von der Fraktionskasse noch besondere Teuerungszulagen zahlen ließ, im Monat 525 Mark. Daneben war noch eine angestellte Stenotypistin mit einem Monatsgehalt von 220 M. tätig. Diese Einrichtung war so überflüssig wie nur etwas, sie hat die Partei eine schöne Summe Geld gekostet, ohne den geringsten Erfolg für die Partei zu haben. Trotz des Sekretariats versäumten die Genossen der Fraktion die elementarsten Verpflichtungen. Die Fraktionsbeiträge wurden nur von einem Teil regelmäßig bezahlt, der Sekretär hat während seiner ganzen Sekretariatszeit den auf Beschluß der K. abzuhaltenden Beitrag von 10 Proz. des Gehalts an die Rote Hilfe nicht geleistet. Natürlich trug

die Aufhebung dieses Korruptionsherdes

den Genossen, die das durchführten, keine Schmeicheleien ein, waren vielmehr der Anlaß zu einer schlimmen persönlichen Heiße gegen führende Mitglieder der K. und der Fraktion. Die Partei hat dabei gewonnen. Die Fraktion, die ehemals ihr Sekretariat nur durch Zuschuß der Parteikasse aufrecht erhalten konnte, führt jetzt monatlich 200 bis 300 M. an die Parteikasse und 250 M. an die Rote-Hilfe-Kasse ab. Die Genossen der Landtagsfraktion wurden während der Kampagne zum Volkswahl den UB. zur Mitarbeit zugewiesen. Von der Mehrzahl der Unterbezirke kommen Berichte, daß die Genossen ihre Pflicht nicht erfüllt haben, einer war während der ganzen Periode krank, ein anderer hat in der Abhaltung von vier öffentlichen Versammlungen im ganzen Unterbezirk seine Tätigkeit als ausreichend betrachtet.

In der Landtagsfraktion sind folgende Vorgänge zu erwähnen, die sich in den Besantrahmen einfügen:

Der wegen Betrug und Unterschlagung und sonstigen Korruptionsgeschichten ausgeschlossene Eugen Haller (Schwenningen).

Der nach seinem Austritt sofort in die Schwemninger Presse bürgerlicher und sozialdemokratischer Couleur den Kampf gegen die Partei aufnahm, der die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, darunter drei Genossen des Landtags, öffentlich Lumpen und Ehrabschneider nannte, betrat nach einer Reihe von Monaten wieder den Sitzungssaal. Bei seinem Erscheinen wurde er von den Genossen Karl Müller und Brönne aufs herzlichste begrüßt. Haller rühmt sich in Schwemningen, wo er der dortigen Mitgliedschaft immer noch die größten Schwierigkeiten macht, dieser herzlichen Beziehungen.

Genosse Karl Müller, gegen den ein Schiedsgerichtsverfahren schwebt, ist seit Monaten im Landtag krank gemeldet, bezieht seine Diäten in vollem Umfange weiter. Er bewegt sich aber trotzdem hier in Stuttgart ganz offen in den Straßen der Stadt. Der Genosse Brönne, der angeblich die Verwaltung des russischen Volkshausgebäudes hier in Händen hat, hat ihm nun in letzter Zeit sogar die Ausführung der Malerarbeiten in dieser Volkshaus übertragen, obwohl Hunderte von arbeitssuchenden Matern, darunter gute Genossen, seit Monaten am Hungertuche nagen.

Der Bezirksparteitag und vor ihm eine Delegiertenversammlung in Stuttgart hat mit erdrückender Mehrheit beschlossen, die in der ganzen Partei übliche und durchgeführte Praxis der tatsächlichen und juristischen Trennung von Druckerei und Verlag auch in unserem Bezirk durchzuführen. Den Anstoß zu dieser Maßnahme gaben wiederholt erhobene Forderungen des K. auf Abführung von 10 Prozent des Umsatzes an die Partei, K. und B. Eine bekannte Gruppe in der Partei benutzte diese Gelegenheit, in der Ausbreitung der verlogenen Gerüchte der K. und dem K. zu unterstellen, daß sie

die Druckerei der Genossenschaft entreißen

wollen. Von alledem war bis zur Stunde nirgends die Rede. Aber selbst wenn die Partei das wollte und die Mitgliedschaft im Bezirk würde das beschließen, so hat nicht eine kleine Gruppe in der Partei das Recht, sich als die alleinigen Hüter des Eigentums der Partei aufzustellen und die erdrückende Mehrheit der Partei als minderwertig zu betrachten. Diese Frage wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob die drei Genossen, die sich seither weigerten, dem Verlangen der Partei nachzukommen, jetzt weiter sich gegen die Durchführung des Beschlusses des Bezirksparteitages stellen.

Deutlicher könnte auch ein Gegner nicht die Behauptung aufstellen, daß es in der kommunistischen Partei drunter und drüber geht. Die württembergische Bezirksleitung erklärt, daß in der Fraktion „typische Kleinbürger“ sitzen, daß einzelne Organisationen standesgemäß „wirklich ehrlich“ eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie herstellen wollen. Die Mitgliedschaft in Stuttgart wehrt sich gegen den Versuch, ihr die Druckerei der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ zu entreißen. Zahlreiche kommunistische Gemeinderäte werden für „forumpiert“ erklärt, den Landtagsabgeordneten wird vorgeworfen, daß sie „nicht ihre Pflicht tun“. Man sieht, die kommunistische Partei ist in ihrem Innern ein wüstes Durcheinander, so wie sie soeben der ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Sietter in seinen Artikeln in der „Tagwacht“ mit Recht gebrandmarkt hat.

Ausland befindliche Hauptmann Göhring dem Stoßtrupp Hitlers nachts 11 Uhr im Garten des Bürgerbräukellers den Befehl erteilt hat, zur „Münchener Post“ zu marschieren und sie zu zerstören. Dieser Befehl ist nach der Ueberzeugung des Gerichts so laut und allgemein verständlich gegeben worden, daß er jedem der Beteiligten hinreichend bekanntgeworden ist. Unter Führung Berchtolds setzte sich der Stoßtrupp nach Erhalt des Befehls sofort in Marsch zur „Münchener Post“. Er bestand aus einer Infanterieabteilung, einer Artillerie- und Maschinengewehrabteilung und einer Postkraftwagengruppe. Die die „Münchener Post“ im weiteren Umkreis abspernte, worauf nach gewaltsamem Eindringen durch das Absperrgatter die Zerstörung des Betriebsgebäudes vorgenommen wurde.

Der Deutsche pazifistische Studentenbund hält vom 15. bis 18. Juli seinen 5. Bundeskongress in Frankfurt a. M. ab. Die Tagung beschäftigt sich mit Fragen der nationalen und internationalen Zusammenarbeit der neuen Jugend unter besonderer Berücksichtigung der Hochschulpolitik.

Ein italienisches Siegesdenkmal wird in Bozen errichtet. Der König wohnt der Grundsteinlegung bei. Die deutsche Bevölkerung hielt sich fern.

Das Dikum für Schweden fällt vom 1. Oktober ab fort.

Gewerkschaftsbewegung

Der 25. Bergarbeiterkongress.

Ein Fazit.

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die jüngst in Saarbrücken tagte, nahm mehrere bedeutende Entschlüsse an, die weit über den Rahmen des Bergbaues hinausgehendes allgemeines Interesse für sich beanspruchen dürften.

Die deutsche Wirtschaftsstruktur und die Weiterbildung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen wird einschneidend getroffen von einer Entwicklung, wie sie durch die vom Hauptvorstand vorgelegte Entschlüsse gefördert werden soll: Der wachsenden Konzentration der Unternehmungen eine entsprechende Konzentration der Arbeiterorganisationen gegenüberzustellen. Der Kongress fordert in dieser einstimmig angenommenen Entschlüsse die Zusammenfassung aller im Bergbau und seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbau-Industrie-Verband und beauftragt die Organisationsleitung mit der Aufnahme von Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationen. Faktisch bedeutet das eine sehr wesentliche Ausdehnung der Organisationsbestrebungen des Verbandes auf bisher von ihm nicht erfasste Arbeiterkategorien. Es wäre müßig, hier noch ein Wort sowohl über die Notwendigkeit wie über die Vorzüge eines derartigen Zusammenschlusses sagen zu wollen. Daß er aber bereits zum zweiten Male eine Generalversammlung der deutschen Bergarbeiter beschäftigt, zeigt immerhin, daß er aus dem Stadium der theoretischen Beschlüßfassung in das der praktischen Wirklichkeit eingetreten ist.

Zur selben Zeit, da der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, J. Cool, mit dem Verbandstaschler Richardson unter Umgehung des deutschen Bergarbeiterkongresses in Saarbrücken und des Bundesausschusses des ADGB in Düsseldorf nach Berlin kam, um mit den Vertretern des russischen Bergarbeiterverbandes Schwarz und Kukulow zu verhandeln und neuarbeiterkommunistische Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes zu befestigen, wurde in Saarbrücken auf dem Kongress der deutschen Bergarbeiter recht klar und deutlich eine Abjage an die kommunistischen Vergewaltigungsversuche erteilt.

Hufemann betonte in seinem Berichte: „Wir werden uns auch in Zukunft gegen eine Unterstellung unseres Verbandes unter die Moskauer Diktatur zur Wehr setzen.“ Und obgleich im vorigen Jahre die ehemaligen Unionisten in den Verband aufgenommen worden, erwies sich die Opposition auf dem Kongress als sehr bedeutungslos, bedeutungslos sowohl der Zahl nach als auch in dem Bereiche einer einflussreichen Vertretung kommunistischer Ideengänge. Man kann die Auffassung mit Recht vertreten, daß Cool ein Besuch in Saarbrücken nichts hätte schaden können. Er würde dort zweifellos einen Begriff bekommen haben von der gewerkschaftlichen Schulung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bergarbeiter, ihrer ruhig-abwägenden Art, über den Wert einer geschlossenen, einheitlichen Gewerkschaftsführung, wie auch über den Wesensunterschied zwischen bolschewistischen und europäischen Gewerkschaften. Er hätte sich dann vielleicht in Berlin etwas weniger begeistert über die Ruffen geäußert, als er es dort zu tun für gut befand. Die Kongressaufstellung über den gegenwärtigen Stand der Kohlenwirtschaft unterstreicht noch einmal die bereits mehrfach veröffentlichten Forderungen der deutschen Bergarbeiter und der Bergarbeiter-Internationale. Sie fordert gegenüber der Weltkohlenkrise eine planvolle internationale Bewirtschaftung des Kohlenreichtums und kämpft für die Lage Deutschlands besonders gegen die planlosen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen, die nach rein profitwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen, die Rücksicht auf alle anderen Interessen vernachlässigen. Er unterstreicht dabei den im Reichstag eingebrachten Bericht auf Einlegung eines parlamentarischen Ausschusses mit dem Rechte der Prüfung.

Auf dem Gebiete des Arbeiterrechts und der Arbeiterfürsorge gab es mehrere sehr wertvolle Entschlüsse, die sich ausdrücken für ein allgemeines Arbeitszeitgesetz mit dem Siebenstundentage im Bergbau, für den Ausbau der Tarifverträge, für die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und für die Selbstverwaltung der Versicherungen. Aus dem glänzenden Referat Einzelheimers über Grundzüge und Grundrechte des Tarifvertrags sind zwei besonders feine Bemerkungen, die in ihrer allgemeinen Gültigkeit dennoch zugehört erscheinen konnten gegen die kommunistischen Wirrköpfe, herauszuheben: „Der Tarifvertrag ist Klassenkampf in überlegter, verfeinerter Form, aber Klassenkampf“ und dann: „Macht muß hinter Recht stehen, damit das Recht Recht wird.“

Es ist ganz selbstverständlich, daß der Kongress recht kräftig der schon wiederholt auf Gewerkschaftskongressen vertretenen Meinung Ausdruck verlieh, daß eine Arbeitssteigerung und damit Aufschließung des inneren Marktes nur mit Erhöhung der Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zu erreichen sein wird, und daß daher die Parole der europäischen Unternehmer: „Hohe Preise, tiefe Löhne und Gehälter, verlängerte Arbeitszeit“ aufs schärfste bekämpft werden muß.

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Saarbrücken, die zugleich eine nationale Demonstration für die Rückkehr des deutschen Saargebietes zur deutschen Republik und zugleich eine internationale Kundgebung für Völkerverständigung und Völkerverständigung war, erwies erneut die Gewerkschaften als wesentlichen Faktor der Volks- und Weltwirtschaft.

Die Baustelle der Kläranlage in Wahnmannsdorf.

Auf dem städtischen Bau der Kläranlage herrschen geradezu abschauerliche Zustände hinsichtlich der Unfallverhütung. Wieder ist ein Opfer der mangelhaften Abdeckung zu verzeichnen. Der Flechter I. war mit dem Abtransport beschäftigt. Auf dem Steg, der mehr als mangelhaft abgedeckt war, stürzte I. herab in den Trichter und blieb an den Eisen im Innern des Trichters hängen. Außer starken Gesichtsverletzungen hat er zahlreiche Querschnitte erlitten, so daß er arbeitsunfähig wurde und weggebracht werden mußte.

Es handelt sich hier um einen städtischen Bau. Man sollte annehmen, daß die Stadt Berlin bei ihren Bauten den Unfallverhütungsvorschriften doch mehr Beachtung schenken müßte, als es besonders auf dieser Baustelle der Fall ist. Wir haben bisher keine Stellung dazu genommen, weil wir an-

nahmen, daß die Stadt Berlin bzw. der verantwortliche Bauleiter, Herr Dr. W. Wenzel, die nötigen Vorkehrungen zu treffen werde. Da das leider nicht der Fall ist, wird hier die städtische Baupolizei aufgefordert, einmal nach dem Rechten zu sehen. Für die Baukontrolleure ergibt sich auf diesem Bau ein außerordentlich reiches Arbeitsfeld, damit diese Zustände endlich beseitigt werden. Wir nehmen an, daß diese Zeiten genügen, um auch dem Bauleiter das Gewissen dafür zu schärfen, daß auch er die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten hat.

Industrieverband der Lebensmittelarbeiter.

Eine Mehrheit von Abstimmenden keine Mehrheit!

Der Vorsitzende des Ortsvereins Berlin des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Genosse Hodapp, erklärt unsere Schlussfolgerung in Nummer 311 des „Vorwärts“: „Die Mehrzahl der Mitglieder der drei Verbände hat sich also für die Verschmelzung erklärt“ als offenbar unrichtig und irreführend.

Hodapp argumentiert wie folgt:

„Die Mehrzahl der Mitglieder der drei Verbände beträgt doch nach Adam Riese mindestens 65 474. In der Tat haben sich nur 56 541 (Es waren 56 681. D. Red.) für die Verschmelzung erklärt. Nun kann man nicht sagen, gemeint ist selbstverständlich die Mehrzahl der Abstimmenden. Der größte Teil der „Vorwärts“-Leser liest derartige Notizen unkritisch und ist daher der Meinung, es hätten sich in der Tat die Mehrzahl der Mitglieder der drei Verbände für die Verschmelzung erklärt, was nun einmal nicht richtig ist.“

Wenn diese Auffassung, die offenbar von der Gegenseite gegen die Verschmelzung diktiert ist, so richtig wäre, wie sie falsch ist, dann müßte die Abstimmung in den Verbänden noch einmal vorgenommen werden. Denn es kann kein Mensch behaupten, die 57 000 Mitglieder in den drei Verbänden, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben, hätten sich für oder gegen die Verschmelzung entschieden, wenn sie mitabgestimmt haben würden. Man kann diese „Abstimmenden“ mit dem gleichen Recht als Befürworter der Verschmelzung ansprechen — da sie doch sonst dagegen gestimmt hätten — wie als Gegner der Verschmelzung. Mit dem gleichen Recht, das heißt mit anderen Worten, man kann sie überhaupt nicht mitzählen, und deshalb zählen sie nicht mit. Noch demokratischer Begriffe, die in der freien Gewerkschaftsbewegung auch heute noch in Kurie sind, hat derjenige, der verhindert ist, zu bequem oder zu faul ist, sich an einer Abstimmung zu beteiligen, keine Nummer. Wer sich selber bei einer Entscheidung ausschaltet, hat seinen Anspruch verwirkt, dabei mitzureden.

Ein Beispiel: Der Genosse Hodapp ist seit vielen Jahren immer wieder alljährlich als Vorsitzender der Ortsverwaltung gewählt worden. Selbstverständlich nur von der Mehrheit derjenigen Mitglieder, die jeweils in der Versammlung anwesend waren. Und das war ganz bestimmt oftmals weit weniger als die Hälfte der Gesamtmitgliedszahl der Ortsverwaltung. Wenn nun ein Kollege und „guter Freund“ von Hodapp auf den Einfall gekommen wäre, die Wahl Hodapps deshalb anzuzweifeln, weil die Versammlungsmehrheit noch lange nicht die Mehrheit der Mitglieder der Ortsverwaltung bilde, kann wäre dieser Unglückswurm von der ganzen Versammlung mit Ausnahme etwa des einen oder anderen Querulanten ausgelacht worden. So wenig ernst würde eine Mitgliederversammlung irgendeiner Gewerkschaft einen derartigen Einwand nehmen, wie ihn Hodapp gegen das Urabstimmungsergebnis in der Verschmelzungsfrage macht, wobei er uns beschuldigt, unrichtige und irreführende Angaben gemacht zu haben.

Wir behaupten nach wie vor, daß 56 Proz. der Mitglieder der drei Verbände sich an der Abstimmung beteiligt haben, also über die Hälfte, und 77 Proz. der Abstimmenden für die Verschmelzung gestimmt haben. Wenn es den Mitgliedern der Verbände, die sich der Abstimmung enthielten, gleichgültig ist, ob die drei Verbände sich zu einem Verbande zusammenschließen oder nicht, so bilden sie bestimmt kein Hindernis für die Verschmelzung. Die schlagendsten und treuesten Mitglieder der Verbände sind es, die von ihrem Stimmrecht in einer so wichtigen Frage Gebrauch machen, und ihre Mehrzahl — 56 681 gegen 16 514 — ist entscheidend.

Gewaltakt der Textilbarone in Bayern.

Lohnruhr trotz Sozialministerium.

München, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Den vom bayerischen Landesrichter gefällten Schiedsspruch in der Textilindustrie, der einen Lohnabbau von 3,75 Mark vorschlägt, hat das bayerische Sozialministerium nicht für verbindlich erklärt. Demgegenüber hat nunmehr die Textilindustrie beschlossen, den Schiedsspruch trotzdem durchzuführen. In einem an seine Mitglieder gerichteten Rundschreiben des Verbandes süddeutscher Textilarbeiter, Landesgruppe Bayern, heißt es u. a.: „Die Mitgliederversammlung unserer Landesgruppe vom 6. Juli hat folgenden verbindlichen Beschluß gefaßt: Der Schiedsspruch des Landesrichters vom 11. Juni ist in sämtlichen Betrieben einheitlich durchzuführen. Die sämtlichen Mitgliederfirmen sind verpflichtet, am 14. Juli in ihrem Betrieb einen Anschlag zur Kenntnis ihrer Arbeiterschaft zu bringen, wonach die neuen Löhne auf der allgemeinen Grundlage des Schiedsspruches mit Wirkung vom 1. August in Kraft gesetzt werden. In Verhandlungen mit den Betriebsräten dürfen Zugeständnisse, die eine Ueberforderung der neuen Lohnstaffel bedeuten, nicht gemacht werden.“

Bei diesem brutalen Diktat, das jegliches Verständnis für die Not der Zeit mit ihren steigenden Lebenshaltungskosten vernachlässigt, haben die Arbeitgeber die Rechnung ohne die Textilarbeiterschaft gemacht. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß das Unternehmertum in der bayerischen Textilindustrie zu dem Mittel der Absperrung greifen wird, um die Arbeiterschaft zur Unterwerfung unter ihren Willen zu zwingen.

Die Frage der Kohlentransporte nach England.

Zunächst eine englische Angelegenheit.

Der Vorstand des Deutschen Verkehrsbundes wird uns berichtet: Die I.F. beschäftigte sich in einer am Samstag, den 3. Juli, in Utrecht abgehaltenen und von Vertretern angeschlossener Verbände besichtigten Konferenz nochmals eingehend mit der Frage, inwiefern die Eisenbahner- und Transportarbeiterorganisationen in der Lage sind, den Transport und Export von Steinkohlen nach England zu verhindern. Die Konferenz, auf der die Eisen-

bahnerverbände Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Belgiens, Hollands und Luxemburgs sowie die Transportarbeiterverbände Deutschlands, Belgiens und Hollands vertreten waren, bekräftigte die bisherigen Beschlüsse und Maßnahmen der Leitung der I.F., müßte jedoch zu ihrem Bedauern feststellen, daß der Transport und die Verschiffung von Steinkohle aus kontinentalen Ländern nach England nicht unterbunden werden können, solange die englischen Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände selbst nicht bereit sind, die Einfuhr und den Transport von Steinkohle zu verhindern oder zu verweigern.

Durch den Tatbestand, daß die der Bergarbeiter-Internationale angehörenden Bergarbeiter in allen Ländern weiterhin in uneingeschränkter Weise Kohle fördern, und daß die der I.F. angehörenden englischen Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute alle in- und ausländischen Kohlen behandeln und transportieren, wird es den kontinentalen Transportarbeiter- und Eisenbahnerverbänden unmöglich gemacht, ihre Solidarität in derlei Weise zum Ausdruck zu bringen, wie dies in den ersten 14 Tagen des Monats Mai geschehen ist.

Die Haltung der Bergarbeiter unverändert.

London, 14. Juli. (I.F.B.) Bei der Vertagung der heutigen Versammlung des Vollzugsausschusses des Bergarbeiterverbandes wurde mitgeteilt, daß nach den aus den verschiedenen Bezirken vorliegenden Berichten keine Änderung in der Haltung der Bergleute eingetreten sei. Der Vollzugsausschuß wird morgen die Frage der Einberufung einer allgemeinen Delegiertenkonferenz erörtern.

Vermittlungsversuche im Bergarbeiterkampf.

London, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wurde im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf im Bergbau eine Reihe von Schritten, und zwar von neutraler Seite, aufgenommen, die vermutlich selbst zu keinem unmittelbaren Erfolg führen werden, jedoch die seit Wochen abgedrohten Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Parteien und der Regierung wieder in Fluß bringen dürften. Als der Vorstand der Bergarbeiter zu keiner Sitzung zusammentrat, wurde er zunächst gebeten, eine Abordnung von führenden Mitgliedern der Quäker-Organisationen zu empfangen, die ihre Sympathie für die Bergarbeiter zum Ausdruck bringen wollten und außerdem anfragten, ob sie irgendwelche Schritte für die Bergarbeiter unternehmen könnten. Im Laufe des Tages sicherte durch, daß diese Abordnung vorher schon von den Bergbauunternehmern empfangen worden war, jedoch keine günstige Aufnahme gefunden hatte.

Der Vorstand der Bergarbeiter erhielt außerdem eine Einladung, sich am Mittwochabend mit einer Reihe einflussreicher Führer der englischen Hochkirche sowie verschiedener Freikirchen zu treffen. Das Gerücht, daß an dieser Besprechung auch der Erzbischof von Canterbury teilnehmen würde, dessen Vermittlungsformel während des Generalkongresses eine bedeutende Rolle gespielt hatte, fand jedoch keine Bestätigung. Der Bergarbeitervorstand hat die Einladung angenommen und an dieser Besprechung teilgenommen.

Wichtiger als dieser Schritt der kirchlichen Organisationen dürfte der Beschluß des Generalkongresses sein, den Vorstand der Bergarbeiter zum Donnerstag zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen. Offiziell gilt diese Besprechung als Verhandlung für die Unterfertigung der Bergarbeiter im Sinne des jüngsten Manifestes des Generalkongresses. Es kann jedoch als sicher gelten, daß darüber hinaus weitere Fragen wie die der Stellung des Bergarbeiterverbandes zum Samuelsen Bericht zur Diskussion stehen werden.

In Rußland herrscht „Ordnung“!

Moskau, 14. Juli. (I.F.B.) Infolge der Arbeitslosigkeit, der niedrigen Löhne und der Uebergriffe der örtlichen Stellen der kommunistischen Partei sind in einigen Fabriken des Moskauer Industriebezirks Unruhen ausgebrochen. Die Truppen der Tscheka und Miliz griffen ein und stellten die Ordnung wieder her. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist nicht bekannt.

Zum Streik der New Yorker Untergrundbahner.

Die Gesellschaft klagt auf Streikverbot und Schadenersatz.

New York, 14. Juli. (I.F.B.) Die Gesellschaft der Untergrundbahnen hat Klage gegen ihre streikenden gewerkschaftlich organisierten Angestellten erhoben. Sie fordert von ihnen die Zahlung von 239 000 Dollar, die sie infolge des Streiks an Einnahmen verloren habe. Die Gesellschaft hat außerdem bei Gericht eine Verfügung gegen eine Fortsetzung des Streiks durch die Gewerkschaft und gegen die „Einnischung“ in ihre Angelegenheiten beantragt. Zweihundertachtzig Personen, darunter der Vorsitzende der Gewerkschaft der Ausständigen, sind vor Gericht geladen.

Diese Klage zeigt die ganze Unversämtheit der Untergrundbahngesellschaft, die die Festlegung der Arbeitsbedingungen als ihre Angelegenheit erklärt, in die sich niemand einmischen dürfe, auch die Organisation ihrer Angestellten nicht.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten

N.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Freie Gewerkschaftsjugend. Freie, Donnerstag, 7½ Uhr, tauchen die Gruppen: **Friedberg:** Jugendheim Furtw. 10. **Wilmannsruh:** über unter Wilmannsruh. **Königsplatz:** Jugendheim Köpenicker Str. 5. **Preussisch-Altstadt:** Jugendheim Köpenicker Str. 66. **Beltschlag:** Bes. Gesundheitsheimes. **Grünau:** Jugendheim Köpenicker Str. 2. **Ährliche Sagen:** **Spandau:** Jugendheim Lindenauer 1. **Vertrag:** Völkische und bürgerliche Sportvereine. **Mitte:** Jugendheim Neue Allee 21. **Vertrag:** Jahresstad unserer Gruppe. **Mitte:** Jugendheim Neue Allee 21. **Vertrag:** **Rosa und Riehl der I.F.B.** — **Deutsches:** Oberstraße 21. **Vertrag:** (Sportplatz an der Oberstraße. **Reinhold:** Volkspark, Rosenheide. **Vertrag:** Platz an der einfaßen Gasse. **Vertrag:** Treptower Park, Biefe 8.

Jugendgruppe des I.F.B. Freie, Donnerstag, 7½ Uhr, tauchen folgende Abteilungen: **Treptow:** Jugendheim Wilmannsruh, 54 (Rindermarkt). **Vertrag:** **„Potanil“.** — **Bermannplatz:** Jugendheim Sobretstr. 14. **Ede Canberstraße.** **„Neue Dichtung.“** — **Charlottenburg:** Jugendheim Köpenicker Str. 4. **Vertrag:** **„Aberkultur.“**

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Guter; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Käfer; Familien: Dr. John Schlotzki; Soziales und Konflikte: Fritz Kuchel; Nationen: Dr. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.



Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln

Ist ein Feinkost-Pudding von delikatem Geschmack, der auch von Männern gern gegessen wird. Angereicht mit Dr. Oetker's Vanille-Soße trägt er jeder Hausfrau im Familienkreise und bei Gästen hohe Anerkennung ein. Die Herstellung ist einfach und schnell nach der jedem Päckchen aufgedruckten Anweisung. Dr. Oetker's Puddingpulver sind nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Heilke“ in den einschlägigen Geschäften zu haben. — Ebenfalls erhalten Sie die neuen farblich illustrierten Oetker-Rezeptbücher, Ausgabe F für 15 Pfg., wenn nicht zu haben, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Im Berliner Hauptpostamt kann Dr. Oetker's Puddingpulver zur Verwendung

Der Adel des grünen Rasens.



Heutzutage, wo die solide Grundlage im Wirtschaftsleben erschüttert ist, ist der Aufstrom zu den außer gewöhnlichen Berufen ungeheuer groß. Da wir gegenwärtig im Zeitalter der Sportbegeisterung leben, möchte mancher Junge Berufs-sportler werden. Darum läßt neben anderen der „Grüne Rasen“ heute eine erhöhte Anziehungskraft aus.

Das englische Vorbild.

Der Jockeiberuf hat sich den Deutschen erst in den letzten Jahrzehnten erschlossen. Früher galt nur der Engländer etwas. England ist das klassische Land des Pferdesports, es wurde als vorbildlich betrachtet mit allen seinen Einrichtungen. Selbst die Verdienstmöglichkeiten, die sich für den Berufsreiter eröffneten, wurden den Engländern referiert. Gegen diese Konkurrenz kann der Deutsche einfach nicht hoch, er galt und blieb als Stallmann und weiter nichts. Doch auch in Amerika lebte dieser kleine, zähe, leichte Menschenschlag der Anglofachen, und die Amerikaner wurden die Konkurrenten der Engländer. Der größte Umstürzer in der Rennwelt war der amerikanische Jockey Tod Sloan. Er schmalte die Bügel kurz, küstete das Gesicht, stand in den Bügeln und verlegte beim Reiten das ganze Gewicht auf die Vorderhand des Pferdes. Wie alle Neuerer, wurde auch er viel verhöhnt. Zuerst lachte man über den „Muffen im Sattel“, dann aber wurde die Art seines Sitzes eben der Jockeisch in Flachrennen. Inzwischen gelangte der Rennsport zu immer größerer wirtschaftlicher Bedeutung. Vor dem Kriege hatten wir bereits in Deutschland einen Stamm von Berufsreitern, der eine englische Schule durchgemacht hatte und etwas leistete. Dennoch hätte der deutsche Berufsreiter sich nicht so schnell durchgesetzt, wenn der Krieg die Inländer-Reiterfrage nicht zur Tagesfrage gemacht hätte. Hinzu kommt, daß der Bonfett der belgischen, französischen und englischen Reiter erst in diesen Tagen aufgehoben ist.

Der Lehrling.

Der Jockeiberuf erfordert eine gründliche Ausbildung, und so beträgt die Lehrzeit mindestens 5 Jahre. Auszubilden darf nur ein Trainer, der die Erlaubnis von der Obersten Rennbehörde hat. Die Lizenz kann auch auf einen anderen Trainer übertragen werden, der Jockey kann mithin seine Lehrzeit bei zwei oder mehreren Trainern absolvieren. Die Lehrzeit muß mit Beginn des 22. Lebensjahres des Lehrlings vollendet sein. Während der Lehrzeit wird freie Verpflegung gewährt, auch sorgt der Trainer für die Anschaffung von Reitstiefeln und Reitholen, meistens gibt er noch eine kleine Vergütung. An Reittage erhalten die Lehrlinge in Flachrennen 15 M., in Hindernisrennen 20 M. Beim Siege wird diese Summe verdoppelt. Von den Reittagegeldern bekommt der Lehrling nur die Hälfte in seine Hände, das übrige Geld wird auf ein Sparkassenbuch eingezahlt, dessen Verwaltung dem Generalsekretär des „Union-Klubs“ untersteht. Das Buch wird später dem frischgebackenen Jockey ausgehändigt. In besonderen Fällen findet natürlich eine vorüberige Auszahlung statt. Um für den reitlichen Nachwuchs zu sorgen, sind die Rennbahnen zur Abhaltung von Lehrlingstagen verpflichtet. Als besonderer Anreiz gilt die Prämie von 300 M., die der Trainer erhält, wenn sein Lehrling drei Rennen im Hinderniswert von 2000 M. gegen Jockeys gewonnen hat. Reitet der Lehrling mit Jockeys gemeinsam, hat er drei Kilo gut. Von einem jungen Burlesken verlangt man, daß er 40 Kilo reiten kann, d. h. er darf mit Sattel und Leder-

zeug nicht mehr wiegen. Wiegt er weniger, reckt man ihm Bleiplatten in die Satteltaschen. Nur ein geringer Bruchteil der Lehrlinge wird Jockey. Unendliche viele fühlen sich berufen und verschwinden wenige sind auserwählt. Die meisten bleiben Stallleute. Sind sie gewissenhaft, können sie mit der Zeit als Reisefuttermeister oder Futtermeister zu etwas bringen.

Der Jockey.

Jockey ist die internationale Bezeichnung für den Berufsrennreiter. Hat er reitliches Talent (was sehr oft durch Generationen hindurch vererbt wird), Geistesgegenwart und ein niedriges Gewicht, dann kann sich, falls er Glück hat, sein Beruf einträglich gestalten. Wirklich gut stehen sich nur die Jockeys, die bei reichen Rennstallbesitzern in festen Stellungen sind. Das meiste Geld wird auf „der Flachen“ verdient, doch heißt es, daß stets 51-52 Kilo (mit Sattel und Zeug) reiten können. Das Gewicht niedrig zu halten ist eine Frage der körperlichen Beschaffenheit und der Selbstzucht. Der Jockeiberuf hat erhebliche moralische Gefahren, denn viele Spieler und Wetter, sowie recht fragwürdige Existenzen versuchen es immer und immer wieder, im Verein mit jenen Damen, die das Leben angenehm und die Taschen leer machen, sich an den jungen Reiter zu klammern. Hat er aber erst einen bösen Anhang, dann endet er leicht als Tipster. Das heißt, er gibt für Geld und gute Worte Voraussetzungen. Selbstredend birgt die Rennbahn auch viele Unfallgefahren. Für gewöhnlich ist der an und für sich fettere Sturz im Flachrennen gefährlicher als der im Hindernisrennen. Auf der Flachen ist die Fahrt eine schnellere und das Rubel liegt enger zusammen. Ein Pferd tritt einem Menschen nicht, wenn es ausweichen kann. Auf der Rennbahn kann aber der Fall eintreten, daß ein Ausweichen unmöglich ist. Gegen Unfall ist der Jockey versichert. Trotz der vielen Gefahrenquellen sind jedoch die Todesopfer, gemessen an den ungeheuren Opfern der Arbeit, die Handarbeiter der verschiedenen Berufe bringen, relativ gering.

Ausverkaufspsychose.

Ausverkauf! Ausverkauf! — hört es in allen Straßen entgegen, schillert es in allen Farben, sticht es aufdringlich in die Augen. In den Schaufenstern schlagen dem Straßenpassanten ausreizend die Preise entgegen, auf den Verkaufstischen türmen sich zu Bergen die Waren. Ausverkauf! Ausverkauf! Die Leute kommen in Massen herbei, umlagern die Verkaufstische und kaufen. Wer aber kein Geld hat? Der bleibt zu Hause oder wandert in den Kaufhäusern umher oder nimmt in einem unbewachten Augenblick irgendeine Unheiligkeit an sich. Das Menschengeviel machen die professionellen Diebe zunutze. Von fünfzehn Fällen vor dem Einzelrichter sind fünf Ladendiebstähle.

Sie wollte einen leichten Mantel haben.

Denn der blaue, den sie an hat, ist gefüttert. Da stand sie 22 Mark zu sich und begab sich in das Warenhaus. Sie ist Hausangestellte und verdient bei freier Station 35 Mark monatlich. Sie probierte bei Wertheim einen Mantel an, dann einen zweiten! „Ach, dieser paßt ja vorzüglich, und leicht ist er!“ Aber schade, die 22 ersparten Mark herzugeben. Die Verkäuferin be-

schäftigt sich mit einer anderen Dame. Schnell ergreift sie den Mantel und stürzt davon, . . . aber schon ist sie gefaßt. Bureau, Polizeipräsidium, Vorführung. Antrag des Staatsanwalts: 10 Tage Haft. Sie ist erst 20 Jahre alt, unbestraft — 30 Mark Geldstrafe. Ihre Herrschaft will sie nicht mehr: „Sie war grob und ungezogen.“ „Ich hatte viel zu viel zu arbeiten“, meint sie unter Tränen. Die Wohlhabensstelle am Polizeipräsidium wird sich ihrer annehmen.

„Der Tisch war so umlagert.“

Da trat sie an ihn heran, nahm ein Paar Strümpfe und entfernte sich. Aber auch sie wurde sofort gefaßt. Jetzt weinte sie bitterlich. Sie hat aber schon mehr Warenhausdiebstähle auf dem Kerbholz, obgleich sie erst 23 Jahre alt ist. Das Gericht beurteilt den Fall milde: drei Monate Gefängnis — das ist die Mindeststrafe. Auf Rückfall steht sonst Zuchthaus.

Weil er Zigaretten haben mußte.

Auch ein Glas Bier schloß dem Freund wieder — „man kann sich ja nicht immer von Freunden aushalten lassen“. Immer ohne einen Pfennig Taschengeld herumlaufen müssen und den Eltern endlos zur Last fallen, wo man 23 Jahre alt ist. Für einen Dreher Arbeit finden, ist augenblicklich unmöglich. Die Arbeitslosenunterstützung langt kaum für das Roggengeld. Und da ging er ins RDM, zusammen mit seinem Freunde, der bereits mehrmals vorbestraft ist, und wollte unter Dedung seines Mantels drei Pyjamas fortschaffen und . . . wurde gefaßt. Auch der andere. Dieser hatte erst vor zehn Tagen das Gefängnis verlassen. Der unbestrafte bekam einen Monat Gefängnis, wurde aus der Haft entlassen und soll Bewährungsfrist erhalten, falls die Zukunft über ihn günstig sein wird. Der andere erhielt sechs Monate Gefängnis.

Sechs Paar Strümpfe.

Dieser war bereits neunmal vorbestraft. Einmal mit zwei Jahren Gefängnis, auch ein anderes Mal mit zwei Jahren Gefängnis, und ist erst 30 Jahre alt, macht aber den Eindruck eines Zwanzigjährigen. Er hat zuletzt gearbeitet, wurde dann arbeitslos, hatte 10 M. wöchentliche Unterstützung, mußte sich verkleiden anziehen und entschloß sich zum Diebstahl. Der Staatsanwalt beantragt ein Jahr Zuchthaus. Nun wird er ganz aufgeregt: mit pulverrotem Gesicht kann er vor Stottern kaum sprechen. Der Richter gibt ihm ein Jahr Gefängnis. Er ist zufrieden.

Der Diebstahl.

Er hat noch nie einen Waren Diebstahl begangen und sollte besser seine Hände davon lassen. Er kam in das Liebste Warenhaus, hob auf die Schulter einen Ballen Stoff von 55 Metern und wollte sich entfernen. Natürlich kam er nicht weit damit. Jetzt wird er seine 5 Monate Gefängnis abtun müssen. Er will Berufung einlegen.

Ferierschwimmkurse im Freibad Plöhensee.

Einer Anregung des Stadtamtes für Leibesübungen folgend, hat das Bezirksamt Wedding im Freibad Plöhensee Ferierschwimmkurse für Schulkinder eingerichtet, die sich reger Inanspruchnahme erfreuen. Ungefähr 40 Gruppen zu je zwölf bis fünfzehn Kinder werden vier Wochen lang durch Mitglieder der Schwimmvereinigung Berliner Lehrer im Schwimmen unterwiesen. Interessant ist dabei festzustellen, daß sich doppelt soviel Mädchen als Knaben an den Kursen beteiligen. Nach einem kurzen theoretischen Unterricht, in dem besonders auf das richtige Atmen im Wasser hingewiesen wird und die Kinder überzeugt werden, daß sie von dem Wasser nichts zu befürchten haben, werden Trocken-

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag „Vorwärts“, Berlin und Leipzig.

Sie hatten ein Grammophon, und wir tanzten beinahe jeden Abend. Ich tanzte zwar lieber mit dem indianischen Küchennädchen aus mancherlei Gründen, aber Mrs. Pratt tanzte bei weitem besser. Wir kamen zu so guten Verhältnissen miteinander, daß sie mir eines abends in Gegenwart ihres Mannes ganz offen sagte, daß sie mich zu heiraten wünsche, falls ihr Mann stirbt oder sich scheiden ließe. Sie erklärte mir, gleichfalls in Gegenwart ihres Mannes, daß sie mich recht gern habe, und daß mein einziger Fehler das Saufen sei. Aber das sei kein unausrottbarer Fehler, und sie würde mir diesen Fehler schon bald austreiben und mir den Tequila so lange mit Petroleum mischen, bis ich mich davon erke. So habe sie ihrem Manne das Saufen auch abgewöhnt, dem Hurensohn.

Wir war nicht bange davor. Das Resultat, das sie bei Mr. Pratt erzielt hatte, gab mir die Sicherheit, daß wenn ich Mrs. Pratt als nachgelassene Witwe eines Tages heiraten sollte, ich keine Sorge zu haben brauchte, daß ich den Tequila oder sonst etwas abschwören müßte. Wenn Mr. Pratt die Wege fand und er das Petroleum nicht herauskramte, was bei dem Tequila überhaupt schwer ist, weil er an und für sich nach Petroleum schmeckt, so würde ich wohl auch zu der einem Manne zukommenden Ration gelangen. Schließlich mußte man ja auch Vieh verkaufen in der Stadt, und da konnte sie einem ja nicht immer nachlaufen, auch wenn sie mitreisen sollte. Nur nicht von Weibern sich unterkriegen lassen, wenn man etwas für notwendig und vernünftig hält. Es führt zu nichts Gutem und man gewöhnt sich nur Pastier an, die man nicht wieder los wird.

„Entweder man läuft oder man läuft mit anderen Weibsbildern herum“, sagte mir Mr. Pratt. „Eine Erholung von der Ehe muß der Mensch doch haben, wenn er das Leben ertragen will.“

Er hatte ganz recht. Am besten, man stellt der Frau vorher die Frage: „Soll ich zum Tequila halten oder lieber

Mäuschen jagen?“ Jedenfalls, wenn es dazu kommen sollte, daß es mit Mrs. Pratt und mir ernst wird, werde ich ihr diese Frage stellen. Dann habe ich von vornherein die Offensive ergriffen, und sie kann sich entscheiden. Ich glaube dann nicht, daß sie mir den Tequila mit Petroleum mischen wird, sondern sie wird eine gute Sorte im Hause halten. Wenigstens für die Nachklappe.

Sie ist eine feine Frau, Mrs. Pratt. Ich lasse nichts auf sie kommen. Eine Frau, die mit dem wildsten Pferd fertig wird, die stuchen kann, daß sich ein Wachtmeister vor Scham in eine Erdhöhle vertrieben muß, die ihrem Manne alle Wünsche und jede Laune erfüllt — wie er mir einmal vertraulich erzählte, ohne dabei seine Frau zu beleidigen —, vor der die indianischen Cowboys zittern und die Banditen nicht wagen, die Beranda zu betreten, eine Frau, die mir in Gegenwart ihres Mannes, den sie liebt, ganz sachlich erklärt, daß sie mich zu heiraten wünscht, wenn er stirbt, oder wenn er ihr fortläuft — verflucht nochmal, eine solche Frau kann einem wohl bis in den tiefsten Busch und die fernsten Gedanken verfolgen, auch wenn man sich sonst nicht gerade viel aus dem kreuzgottverfluchten Weibsvolk macht.

„He, cantinero, una botella de tequila, eine ganze Flasche. Auf dein Wohl, Ethel Pratt. Ich besaube mich jetzt auf deine Gesundheit. Der Petroleumgeschmack soll mich erinnern an — na — na ja, an dich, ganz wie du bist, an alles, was du hast. Salut, Ethel!“

Sie stand auf der Veranda und winkte mit der Hand: „Biel Glück, Boy. Sind immer willkommen auf dem Rancho. He, Suarez, du Himmelshund, du verdreckter Sohn einer alten gottverfluchten alten Hure, siehst du denn nicht, daß der schwarze Jungfrier ausbricht, er dockt, der Hurensohn von einem Stier. Wo hast du denn deine stinkenden verfluchten Augen? Well, Boy, good-bye!“

Ich schwenkte den Hut, und Gitano legte ab mit mir.

20.

Los ging das Geschrei und das Gejohle, das Zurufen, das Heulen und Schreien der Indianer, das Pfeifen der kurzstieligen Peitschen, das Trampeln der Hufe, das Toben einer schreuernden Kolonne, die plötzlich losraste und einblockiert

werden mußte, damit sie den Anschluß an den Haupttrupp nicht verliere.

Den ersten Tag begleitete uns Mr. Pratt. Der erste Tag gehört mit zu den härtesten Tagen. Die Herde ist noch zu lose. Das Zusammengehörigkeitsgefühl stellt sich erst nach einigen Tagen des Transportes ein. Dann kennt die Herde die Leitstiere und bekommt den Geruch der Verwandtschaft zueinander. Dann bildet sich die Familie oder, eigentlich besser, das Volk. Nach einigen Tagen weiß jedes Tier, daß es hier zu diesem Trupp gehört, und sie bleiben zusammen.

Freilich darf man nicht glauben, daß sie so schon zusammenbleiben wie eine Schafferherde in Europa, die von einem Hirten und einem Hunde zusammengehalten wird. Solche Kinder, die ihr bisheriges Leben auf einer unermesslichen Prärie verbracht haben, sind an Räumlichkeiten gewöhnt. Sie drängen nicht aufeinander, sie streuen fortgesetzt. Die paar Hunde, die wir mitnahmen, konnten nicht viel schaffen. Sie ermüdeten und waren nur für Kleinarbeit zu gebrauchen. Immerfort mußte blockiert und eingekreist werden. Ein unausgeheutes Galoppieren und Schreien und Schreien.

Ich hatte eine Trillerpfeife als Signalpfeife für die Boys, und der Vormann hatte eine einfache Pfeife, damit man beide Signale unterscheiden konnte. Dem Vormann gab ich die Spitze, und ich nahm den Schwanz. In der Rückgarde über- sieht man besser das ganze Feld des Transportes. Es läßt sich besser dirigieren, während die Front natürlich auch wieder ihre besonderen Kniffe verlangt.

D, was für einen schöneren Anblick gibt es, als so eine Riesenherde gesunder, halbwilliger Kinder! Dort vor einem tramp und stampft sie, die breiten Rachen, die runden Leiber, die mächtigen stolzen Hörner. Das ist ein wogendes Meer voll unsagbarer Schönheit. Oigantische Stärke lebendiger Natur, gebändig unter einem Willen. Und jedes Hörnerpaar ist ein Leben für sich, ein Leben mit eigenem Willen, eigenen Wünschen, eigenen Gedanken, eigenen Gefühlen.

Von der Höhe seines Pferdes aus überblickt man das Gewoge der Hörner und Rachen. Man könnte so von einem Rücken zum andern Rücken über die ganze Herde wandern bis zu den lautenden Stieren an der Front.

(Fortsetzung folgt.)

übungen auf dem schönen weissen Sande des Freibades vorgenommen. Dann geht es ins Wasser. Nebenlich wie die bekannte „bleierne Ente“ nur auf dem Grund schwimmen kann, müssen auch die Kinder zunächst die Übungen im flachen Wasser verrichten. Die nachfolgenden Übungen mit dem Schwimmgürtel zeigen dann bald die Fortschritte, die gemacht worden sind, und es dauert nicht allzu lange, bis sich die Kinder ohne jedes Hilfsmittel über Wasser halten können.

Es entspricht einer alten Forderung der arbeitenden Bevölkerung und besonders der Arbeiterkinder, daß sich die Schulen auch um den Schwimmunterricht kümmern. Der bescheidene Anfang mit den Schwimmkursen sollte zu einem obligatorischen Schwimmunterricht gleich dem obligatorischen Turnunterricht ausgebaut werden.

30,2 Grad Hitze!

Am gestrigen Mittwoch war, wie nun entschieden, der bisher heißeste Tag des Jahres. Der Rekord ist geschlagen! In den Mittagsstunden wurden 30,2 Grad gemessen. Abends um 8 Uhr stand das Thermometer noch immer auf 27 Grad. Auch die Nacht brachte kaum eine merkliche Abkühlung. Mit weiterem Steigen der Temperatur ist, wie uns der Wetterdienst mitteilt, vorerst nicht zu rechnen. Die hohen Temperaturen dieser Tage werden sich jedoch vorerst halten. Für heute ist mit größtenteils heiterem, sehr warmem Wetter zu rechnen. Es besteht eine gewisse Gewitterneigung, die sich jedoch nur im Binnenlande auswirken dürfte. Berlin wird nicht davon berührt werden. In Süd- und Mitteldeutschland wird mit Gewitterbildungen gerechnet. Das Hoch, das zurzeit über Deutschland lagert, hat mit einigen Tiefstörungen zu rechnen. Die stärkste Störungsbildung dieser Art lagert über Südfrankreich und zieht sich bis zum Oberrheinland hin. Diese lokalen Tiefs werden jedoch kaum größere Bedeutung erlangen. Borerst also: Fortdauer des heißen, sonnigen Wetters. Da ist nichts zu machen.

Berliner Rettungswesen.

Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin hatte die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung des in der Auguststraße untergebrachten Depots des Städtischen Rettungswesens eingeladen. In einer Besprechung, die voranging, berichtete Sanitätsrat Dr. Frank über den jetzigen Stand des von ihm geleiteten städtischen Rettungswesens. Die Besoin der Inflationsjahre hat auch hier als Hemmnis gewirkt, aber trotz aller Schwierigkeiten konnte erreicht werden, daß die Einrichtungen des Rettungswesens ihre Leistungsfähigkeit behielten. In Berlin gibt es jetzt 42 Rettungswachen, wovon 25 an Krankenhäuser angeschlossen sind und 17 selbstständig bestehen. Zur ersten Hilfe bei Unfällen die Rettungswachen in Anspruch zu nehmen, ist im Laufe der Jahrzehnte allmählich zur Regel geworden. Heute weiß man in weiten Kreisen der Bevölkerung, wieviel für den Erfolg der Heilbehandlung davon abhängt, daß der erste Verband sachgemäß angelegt wird. Dem Rettungswesen, das aus den früheren Sanitätswachen und den Unfallstationen hervorgegangen ist, haben wir es zu danken, daß Wundinfektionen heute viel seltener vorkommen als vor Jahrzehnten. Von nicht geringerer Wichtigkeit sind die Krankentransporteinrichtungen des Rettungswesens, die eine schnelle Ueberführung Verunglückter oder Erkrankter nach Krankenhäusern ermöglichen. Mit den jetzt 29 Krankenautos des Rettungswesens können täglich 200 Krankentransporte ausgeführt werden. Zurzeit stellt sich der tägliche Durchschnitt der Transportzahlen auf 180, und im ganzen Jahr 1925 war eine Gesamtzahl von 50 000 Transporten zu verzeichnen. Das „Rückgrat“ des Rettungswesens ist die Nachweiszentrale, die Kutschmeister frei-gewordene Betten der Krankenhäuser gibt und Bestellung von Krankenwagen vermittelt. Was eine solche Einrichtung für eine Großstadt wie Berlin bedeutet, hat sich besonders bei Grippe-epidemien gezeigt.

Direktor Frank wurde auch um eine Auswertung über die Unfälle auf der Aisla gebeten. Unsere Leser wissen, daß dabei gerade das städtische Rettungswesen sich durch rasche und wertvolle Hilfeleistung auszeichnet hat. Direktor Frank stellte noch einmal fest, daß er vor Beginn des Rennens ganz aus eigenem Antrieb mit einem großen Krankenwagen zur Aisla hinausgefahren ist, um bei etwaigen Unfällen sofort eingreifen zu können. Die für die Aisla und für das Rennen in Betracht kommenden Verantwortlichen haben es unterlassen, das Rettungswesen vorher davon in Kenntnis zu setzen, daß hier eine Hilfsbereitschaft nötig werden könnte. In Sanitätären und Ärzten habe es nicht gefehlt, meint Direktor Frank. Aber die Vorkehrungen für den Transport seien nicht so gewesen, wie man sie bei einer solchen Veranstaltung fordern muß.

Große Mieterrückstände.

In Hausbesitzerkreisen scheint es allmählich zu dümmern, daß der Schrei nach Erhöhung der Mieten weit über die Friedensmiete hinaus die denkbar verkehrteste Politik in der Mietzinsbildung war. Die Hausbesitzer müssen jetzt zugeben, daß seit Jahren die Miete nicht so schlecht gezahlt wurde wie seit dem 1. Juli. Es ist natürlich übertrieben, wenn eine Mitteilungszeitung vor einigen Tagen schrieb, halb Berlin sei mit der Miete im Rückstand. Die Rückstände sind immerhin sehr groß und begünstigen im Verkehr mit unachtsamen Hauswirten die Vermehrung der Rückstände. Kurzfristiges Eingehen auf unbedingte Forderungen der Hausbesitzer müßte die herrschenden Zustände noch verschlimmern, solange Hunderttausende von Mietern keine Arbeit haben oder weniger verdienen, als zum Lebensunterhalt und zur Miete nötig ist. Die Hauswirte stehen auch finanziell keineswegs mehr so schlecht, wie sie es darstellen. Heute werfen sämtliche Großberliner Häuser Ueberflüsse ab. Bei einem einigermaßen in Ordnung gehaltenen Vorderbaue ohne Seiten- und Hintergebäude, mit 15-20 Mietern, beträgt der monatliche Ueberflusse durchschnittlich 120-150 RM., bei gutem Eingang der Mieten sogar noch mehr. Die aus der Sozialnot herausgewachsenen Mieterrückstände sind also immer noch zu ertragen. Die Mieter sollen darauf achten, daß sie möglichst nie mehr als für einen Monat Miete schuldig bleiben, da die Rückstellungen jetzt für den Hauswirt wesentlich erleichtert sind. Es kann schon auf Räumung geklagt werden, wenn der Rückstand den Mietbetrag eines Monats um ein geringes übersteigt. Zur Abwendung der Klage und Räumung kann der schuldige Gesamtbetrag nicht mehr im letzten Verhandlungstermin, sondern er muß spätestens innerhalb zweier Wochen nach Einleitung der Klage gezahlt werden. Ersatzraum wird nur noch selten zugebilligt, darf bei Klagen wegen erheblicher Befähigung überhaupt nicht mehr gewährt werden. Gegen Räumungsurteile der Mietstiftungsgerichte ist zwar, um Zeit zu gewinnen, die Berufung beim Landgericht zulässig, aber ersuchungsgemäß werden die meisten derartigen Berufungen verworfen. Die Wohnungsdarsteller weisen in Räumungsfällen ein anderweitiges Unterkommen, sofern sie ein solches überhaupt zur Verfügung haben, nie vor der Räumung, sondern allenfalls erst dann zu, wenn der Gerichtsvollzieher schon bei der Arbeit ist und die Möbel auf der Straße stehen. Im äußersten Notfall kann die Polizeibehörde die ermittelte Familie in die alte Wohnung wieder einweisen, aber nur für ganz kurze Zeit. Das geschieht natürlich sehr selten.

Die abirrenden Kugeln im Volkspark.

Das Bezirksamt Neutölln teilt mit: In den Kreisen der Bevölkerung ist in letzter Zeit eine Beunruhigung dadurch hervorgerufen worden, daß anlässlich der auf den Schießständen in der Halenscheide stattfindenden Schießübungen der Schutzpolizei verschiedentlich abirrende Geschosse in den Volkspark und in dessen Umgebung eingeschlagen sind. Das Bezirksamt hat sofort nach Bekanntwerden dieser Vorkommnisse bei den zuständigen Stellen die erforderlichen Schritte unternommen, um die Arbeiter und Besucher im Volkspark und Besucher im Volkspark sowie die Arbeiter und Besucher im Volkspark zu schützen. Es ist dringend zu hoffen, daß umgehend geeignete Maßnahmen zur Gefahrenabwendung getroffen werden.

berlichen Schritte unternommen, um die Arbeiter und Besucher im Volkspark sowie die vielen Straßenpassanten gegen Gefahren an Leben und Gesundheit zu schützen. Es ist dringend zu hoffen, daß umgehend geeignete Maßnahmen zur Gefahrenabwendung getroffen werden.

Das unbewachte Fahrrad.

Täglich 30 bis 40 gestohlene Räder.

Man kann fast von einer Fahrraddiebstahlepidemie sprechen: auch sonst bedeuten die Sommermonate stets eine reiche Ernte für die Fahrraddiebe — aber in diesem Jahre geht es besonders hoch her. 30 bis 40 Fahrräder sind es, die den Bösewichtern täglich zur Beute fallen, und nur etwa drei bis fünf Diebe können gefaßt werden — größtenteils ohne Räder.

Sie treiben ihr Unwesen an Schulen, Banken, Postämtern und anderen öffentlichen Gebäuden. Sie verleben ihr Geschick, besonders die gewerbsmäßigen Fahrraddiebe oder sonst alte Kannen, die die Gelegenheit benutzen, ein „Ding zu drehen“. Das unbewachte Fahrrad bildet einen unübersehbaren Anreiz. Es ist ja die Sache eines Augenblicks, sich auf das Rad zu setzen und davonzugehen. Im Großstadtbetriebe zwischen Autos, Omnibus und Straßenbahn ist es ein leichtes, zu verschwinden. Und besonders leicht wird die Arbeit des Diebes durch die Unachtsamkeit und den Leichtsinne der Radler selbst. Sie denken gar nicht daran, das Rad mit ins Haus zu nehmen, auch wenn dies möglich ist, oder es durch ein Schloss zu sichern. Allerdings bedient sich der Dieb in diesem Falle einer Fange, mit der er die Kette im Ru durchknipst. Das erfordert aber schon mehr Zeit und eine größere Dreistigkeit. Doch gibt es auch schon Sicherungen, die für eine Fange unzugänglich sind. Da bliebe dem Dieb nichts übrig, als das Rad auf die Schulter zu nehmen und davonzugehen. Das würde er aber nicht riskieren. Hat er sich aber, durch die Schuld des Eigentümers selbst, ohne Schwierigkeit auf das Rad geschwungen, so findet er schnell den Weg zum Hehler, der sich größtenteils auf gewissen Höfen, in der Gegend der Städtischen Pfandleihe, aufhält. Die Teile werden schnell verkauft, es entsteht gleichsam ein neues Rad, das kurzerhand abgeholt wird. Gelingt es auch, die Hehler festzunehmen, so müssen sie bald wieder freigelassen werden, da ihnen nichts nachgewiesen werden kann. Können sie nicht den recht-mäßigen Erwerber der Räder nachweisen, so werden sie ihnen fortgenommen. Findet sich aber nicht der Eigentümer, so landen sie schließlich in der Hundstulle. Was aber der Verlust des Rades für den Arbeiter, der sich seiner für die Fahrt zur Arbeitsstelle bedient, oder für den Jugendlichen, dessen einzige Freude es war, bedeutet, kann man sich leicht vorstellen. Geld für ein anderes muß erst mühselig erspart werden. Was geht das die Diebe an; Arbeitslosigkeit und Arbeitscheu, Gewohnheit und Leichtsinne, nicht selten auch Not veranlassen sie, sich der leichteren Beute zu bemächtigen.

An einem einzigen Tage hatte am Montag erst der Schnellrichter in der Dirschstraße drei Fahrraddiebstahle zu verhandeln. Den Tag vorher einen. Da war es ein Fürsorgejüngling, der aus der Anstalt durchgebrannt war und mittellos in der Großstadt herumirrte — er erhielt zwar vom Gericht eine kleine Gefängnisstrafe, wird aber in die Anstalt zurückgebracht werden. Dann wieder war es ein junger Kunstgewerbeschüler aus dem Rheinland, ein ebenso sympathischer wie leichtsinniger Bursche. Er hatte auf seinem Rade eine Ferienfahrt an eine Ostseebad zu seinen Verwandten gemacht, man stahl ihm sein Rad, er kam nach Berlin, nahm die Hilfe des Wohlfahrtsamtes nicht an und stahl



Eine Schattentemperatur von 29 Grad stimmt verlässlich — der geschmolzene, aufgelöste, strukturlose Mensch hat wenig Kraft mehr zur Opposition. Aber soll er, soll er wirklich das über sich ergehen lassen: moderne Meister der Orgel, die dazu noch nicht einmal Meister der Orgel sind — aber regnet etwa der Berliner Sender Maurice Ravel mit seiner für Klavier komponierten „Pavane pour une infante défunte“ dazu? — gewissermaßen als Vorspeise zu einer „gemischten Wochenübersicht“? Was hilft da, daß Friedrich Wenneis Orgel spielen kann, daß er das Offertoire op. 104 Nr. 3 des hier selten gehörten Enrico Bossi mit warmer Eindringlichkeit interpretiert, daß er zu Rang Elert wie zu Reges das rechte Verhältnis findet? Drei Minuten nach seinen Darbietungen folgt das frühestliche Musikturnier, das man sich vorstellen kann. Hugo Wolf, Berlioz, Sibelius, Puccini, Julius Weismann — Herz, was begehrt du noch mehr? Für Bach, Mozart, Beethoven sollte vermuthlich die Zeit, sonst wären die wohl auch noch dazu gekommen. Sollte dieser Abend etwa den Untertitel geführt haben „1000 Worte Musik“? Man stellt sich die Bezeichnung durch den Kunstform eigentümlich anders vor. Das Programm des Nachmittagskonzertes war dieses Abends würdig. — Von den Vorträgen verdienen die Ausführungen Hedwig Landbergers über „Soziale Krankenhäuserfürsorge“ Beachtung, da sie in übersichtlicher Weise die noch viel zu wenig bekannte Tätigkeit und Bedeutung der Krankenhäuserfürsorgin erörterten.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 15. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12 Uhr mittags: Die Viertelstände für den Landwirt.
4 Uhr nachm.: Oberregierungsrat Dr. Hesse: „Was soll der Laie von der Hypnose wissen?“ 5-5.30 Uhr abends: Im Vollston. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst.
7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Dr. Schaedde: „Verlustquellen in der technischen Arbeit“. 7.25 Uhr abends: Ernst Lemmer: „Die Bedeutung der Handelsverträge für die Arbeitnehmerschaft“. 7.55 Uhr abends: Theodor Kappstein: „Eine Mittelmeerfahrt (Athen)“. 8.30 Uhr abends: „Nach Feierabend“. 1. Mendelssohn-Bartholdy: Ouvertüre zu dem Singspiel „Heimkehr aus der Fremde“ (Berliner Funkorchester. Dirigent: Dr. W. Buschhöter). 2. a) Franz Abt: Die schönsten meiner Lieder, op. 44, Nr. 6 (Dorothea Böttcher). b) Franz Abt: Mein Himmel auf Erden, op. 360, Nr. 3 (Heinrich Pfeil). c) Franz Rieß: Hämmlische Zeit (Jackson). d) Franz Rieß: Keine Sorg um den Weg (Boise) (Dirk Magré, Ba.). e) Plügel: Artur Andrae. 3. Paul Graener: Waldmusik, op. 22 (Berliner Funkorchester). 4. a) Vergil sind schon die Sterne, Volkslied. b) Kischner: Die grünen Jäger, c) Der Jäger aus Kurpfalz, Volkslied. d) Fr. Wagner: Im schönsten Wiesengrunde, e) Fr. Maier: Wie eine wilde Rose im Wald, f) In einem kühlen Grunde, Volkslied (Berliner Sologuartett: Kammeränger Kurt Schönart, Felix Borghorn, Kurt Siebert, Willi Ahrens, Max Spiegel, Bruno Loose, Ernst Schütz, Gustav Polzin, Dir.: Dr. A. Böhm). 5. Walter Niemann: Deutsches Waldidyll, op. 40 (Berliner Funkorchester). 6. a) Beethoven: Abendlied (Rückert), b) Kuhlau: Nachtlied (Claudius) (Berliner Sologuartett). 7. Robert Franz: a) Stille Sicherheit (Lenau), b) Nun die Schatten dunkeln (Geibel) (Dirk Magré, Ba.). 8. Rob. Volkmann: Srenade Nr. 2 (F-Dur) op. 63 (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitsang, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 15. Juli.

3-3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurschrift. 3.30-4 Uhr nachm.: Ministerialrat Dr. Richter: Die wirtschaftliche Bedeutung der Leibübungen. 4-4.30 Uhr nachm.: Oberlehrer Conrad: Der Blindenunterricht. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Mixi Donner: Wascheschmack und Merkzeichen. 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

sich ein anderes Rad. Das waren Gelegenheitsdiebe. Die beiden anderen sind es von Beruf. Ein alter Zuchthäuser, der erst vor nicht langer Zeit die Freiheit wiedergewonnen hatte, nimmt auf einem Hof das Rad und wird sofort gefaßt. Ein Jahr Zuchthaus lautet die Quittung. Ein anderer, auch viel Vorbestrafter, meint bittere Tränen vor dem Richter; die Not habe ihn dazu gezwungen, seine Frau läge krank, sein einjähriges Kind sei ohne Milch. Er habe im Treppengang das Rad gesehen und es mitnehmen wollen. Und so geht es Tag für Tag. Den Radfahrern möge es aber als Warnung dienen, mit ihrem Eigentum sorgfältiger umzugehen und nicht zu vergessen, daß Gelegenheitsdiebe macht. Vielleicht haben auch die recht, die fordern, daß jedes Rad, somit auch jeder Eigentümer, eine Legitimation für das Rad besitze. Dann könnte in jedem einzelnen Falle leicht nachgewiesen werden, daß das Rad unrechtmäßig erworben ist.

„Dämonische Triebe.“

Ein Aufsichtsbeamter, der unter Aufsicht gehört.

Auf einen „dämonischen Trieb“ schob der wegen Amtsverbrechens angeklagte Oberpostsekretär Best seine Strafhandlungen. Er war Aufsichtsbeamter im inneren Dienst und hatte die Briefträger und Postschaffner zu kontrollieren, tat aber gerade das, was er verhindern sollte, denn es wurde ihm zur Last gelegt, daß er eine ganze Reihe von Briefen sich angeeignet, geöffnet und teilweise des Inhalts beraubt habe. In zwanzig Fällen gab er sein Verschulden auch unumwunden zu, erklärte aber, daß er von einem unübersteiglichen Zwange beherrscht worden sei, das Geheimnis der Briefe zu erforschen. Nachdem er diesem dämonischen Triebe erliegt und einen Brief geöffnet hatte, habe ihn der zufällig stark erkrankte perverste Inhalt des Briefes derartig gereizt, in die Geheimnisse anderer einzudringen, daß er von einer förmlichen Sucht ergriffen worden sei und den Sinn für Recht und Unrecht verloren habe. Er habe immer wieder Briefe öffnen müssen und das sogar in Gegenwart der Unterbeamten und auch noch, als er schon wußte, daß man ihn im Verdacht habe und daß er vom Oberpostdirektor beobachtet werde. Zufälligerweise waren aber in den Briefen auch kleinere Geldbeträge, die der Angeklagte einfach in seine Tasche gesteckt hatte. Auch das gab er unumwunden zu, hatte dafür aber keine Erklärung, da er bestreite, daß ihn der Vermögensvorteil gereizt hätte. Wie das kommen sei, wisse er selbst nicht. Seine Vermögenslage sei eine sehr glänzende gewesen und er habe wahrscheinlich nur nicht gewußt, was er mit den kleinen Beträgen von 5 und 10 Mark anfangen sollte. Im ganzen sollten es nur etwa 60 Mark gewesen sein, die er gefunden habe. Der Angeklagte war zwanzig Jahre im Dienst, hatte sich tadellos geführt und hatte auch tatsächlich keine Räder gelitten. Räder hatte er nicht und lebte mit seiner Frau bei den Schwiegereltern. Auch irgendwelche kostspieligen Passionen ließen sich nicht nachweisen, so daß die Taten des Angeklagten ein noch größeres psychopathologisches Rätsel bildeten. Oberarzt Dr. Stalinger, der den Angeklagten in der Irrenanstalt beobachtet hatte, hielt seine Darstellungen, daß er unter Zwangsvorfällen gehandelt habe, auch nicht für unwahrscheinlich. Der Angeklagte habe ihm unumwunden alles eingestanden und sogar mehr als ihm nachgewiesen werden konnte. Der Sachverständige glaubt, daß Best durch zahlreiche Kriegsverletzungen in seinem Nervensystem erschüttert worden sei, lehnte aber das Vorliegen einer Geisteskrankheit ab, höchstens könne eine verminderte Zurechnungsfähigkeit in Frage kommen. Der Anklagevertreter erwiderte in den Briefen Urkunden, die dem Angeklagten amtlich zugänglich gewesen seien. Durch die Vernichtung der Briefe habe er sich der Urkundenunterdrückung in gewinnlicher Absicht schuldig gemacht, so daß § 348 mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus zur Anwendung kommen müsse. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter einfacher Amtsverletzung zu vier Monaten Gefängnis. Er erhielt auch für diese Strafe eine dreijährige Bewährungsfrist, und entsprechend einem Antrage des Verteidigers sah das Gericht von der vom Staatsanwalt verlangten Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter ab. Der Angeklagte nahm das milde Urteil sofort an.

Chinesische Keramik.

Das Kunsthaus Cassirer in der Rietzelstraße veranstaltet augenblicklich eine Ausstellung chinesischer Keramik aus der Tang-Epoche, d. h. aus der Zeit um 600 n. Chr. Hauptächlich handelt es sich um Figuren, die dem Verstorbenen in das Grab mitgegeben wurden als Ersatz für die Menschenopfer, die man ihm ursprünglich darbrachte. Die Figuren sind aus weichem oder halbhartem, schwachgebranntem Ton und mit teilweise noch gut erhaltener Bemalung versehen. Man glaubt nicht an chinesischen Ursprung, wenn man sich an die spätere, chinesische Plastik erinnert mit ihrem wilden, zerlegten Umriss und ihrem ins Groteske gesteigerten Ausdruck. Um diese Figuren ist Stille, sie zeigen eine vollkommen geschlossene, ruhige Umrißlinie. Manche der Figuren könnten von einem modernen Plastiker geschaffen sein, erinnern vielleicht an Barock. Die Modellierung der Gesichter ist ganz weich, kaum angedeutet, und doch ist alles voll Ausdruck. Die Tracht erinnert in ihren zarten Faltungen und ihrem Stil an das europäische Empire um 1800. Daneben Pferde, die beinahe naturalistisch anmuten, Abbilder des Lieblingsstieres des Verstorbenen, und Gefäße, Basen und Teller, ohne jede Verzierung, allein durch die edel geführte Linie wirkend. Jedenfalls hilft diese Ausstellung erwählter, künstlerischer Kostbarkeiten mit den Wahn zerstreuen, daß die chinesische Keramik nichts weiter war als das Produkt eines rohen Töpfergewerbes.

Fortgesetzte Badeunfälle. Beim Baden im Freibad Bienen-See ertrank gestern abend gegen 1/7 Uhr der 21jährige Kaufmann Walter Habicht aus der Brunnenstr. 172. Obgleich es gelang, den Ertrunkenen sofort zu bergen, blieben Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Ein Arzt stellte den Tod infolge Herzstillstands fest. Im Freibad Tivoli bei Heiligensee verunglückte gestern abend der Arbeiter Reinhold Falke beim Abpringen vom Sprungbrett schwer. Er brach sich den rechten Arm und zog sich innere Verletzungen zu. Der Reichsmasserdienst sorgte für seine Ueberführung in ein Krankenhaus. Auch gestern vormittag ertrank im Freibad Oberhönoweide wieder ein Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt sind. Trotz sofortiger Hilfe gelang es nicht, den Ertrunkenen zu retten. Im Körnersee bei Mahlsdorf ertrank am Dienstag der 74jährige Schneidermeister Julius Müller aus der Birkenstraße 10 zu Knautsdorf-Süd. Er verließ am Dienstag nachmittag seine Wohnung, um im Körnersee zu baden. Von hier kehrte er aber nicht zurück. Gestern früh wurden seine Kleidungsstücke und Werkzeuge am Ufer liegend aufgefunden. Magistratsbeamte, die das See mit Regen und Seilen absuchten, konnten die Leiche des Ertrunkenen bisher noch nicht bergen.

Die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Berlin e. V. teilt mit: Am Sonnabend, 10. Juli, befinden sich die Geschäftsräume nicht mehr Schadowstr. 20, sondern Berlin N. 4, Schadowstraße 9. Fernsprecher-Norden 3340. Bei Anforderung um Bestellung von Samaritanern bitten wir sich obiger Adresse zu bedienen.

HAG

Ich muß sagen, daß ich mit Kaffee Hag sehr zufrieden bin. Er hat ein vorzügliches Aroma. Ist von besonderem Wohlgeschmack, ergiebig und ein echter Bohnenkaffee und kein Ersatz. Ich habe ihn wiederholt meinen Freunden empfohlen und verordnet, die gewöhnlichen Kaffee nicht mehr tragen können. Dr. M. C. Auburn, N. Y.

Der Wusterhausener Bär.

Im Könlischen Park, hinter dem Rätlichen Museum, steht ein von Grün umranktes, turmartiges Bauwerk mit der Inschrift „Wusterhausener Bär, 1718. Auf der Spitze des Wehres im Grünen Graben hinter Bastion VI erbaut und hierher verlegt 1893“. In dieser Gegend führten die Befestigungswerke von Berlin nördlich, die in den Jahren 1658 bis 1675 angelegt wurden. Um die drei von der Befestigung eingeschlossenen Städte Berlin, Köln und Friedrichswerder zogen sich zwei Gräben; auf der Nordostseite der Königsgraben, auf der Südwestseite der Grüne Graben. Der Königsgraben hatte den Lauf, den heute die Stadtbahn auf der Strecke Jannowbrücke bis Börse einnimmt, der Grüne Graben führte von der Wallenbrücke hinter der Wallstraße zum Spittelmarkt, Hauspogteipfad, Opernhaus, Kastanienwäldchen und dann zur Spree am Kupfergraben.

Um das Wasser im Kriegsfall je nach Bedürfnis des Verteidigers spannen und ablassen zu können, waren an jedem der beiden Gräben zwei Schleusen, Wehre oder Bäre nötig, je eins in der Nähe des Punktes, wo der Graben aus der Spree sich abzweigt, und je eins da, wo er wiederum in die Spree mündet. Hier vier quer durch die beiden Gräben gelegten Wehre befanden sich also im Königsgraben oben an der Stralauer Brücke, unten an der ehemaligen Hertulesbrücke beim jetzigen Jirtus Busch, im Grünen Graben oben zwischen der Neuen Jakobstraße und der Splittgerbergasse, unten zwischen der Singakademie und der Bauhofstraße. Solche Wehre bestanden aus massivem 3 bis 7 Meter starkem Mauerwerk, je nach der Größe des Wasserbruchs. Sie waren mit engen Durchlässen versehen, in denen die Schützen aufgezogen und niedergelassen werden konnten. Damit der belagernde Feind dieses Mauerwerk nicht als eine Brücke zum Uebergang über den Graben benutzen konnte, war es oben wie ein Dach nach beiden Wasserseiten hin abgeflacht. Das Wehr würde jedoch einen Stieg für die Feinde geboten haben, wenn es diesen gelungen wäre, etwa in der Nacht die Aufmerksamkeit der Posten des Belagerten zu täuschen und rittlings einer hinter dem andern über die scharfe Kante rutschend, über den Graben zu gelangen. Deshalb wurde mitten auf das Wehr ein runder steinerner Turm gesetzt, dessen Durchmesser so stark sein muß, daß kein Mensch, ihn umflammernd, an ihm vorbeikommen konnte, so hoch, daß das Ueberklettern unmöglich war, aber auch wieder so niedrig, daß er, vom Belagerer eingeschossen, nur einen geringen Teil des Grabens mit seinen Trümmern ausfüllte. Diese Maße zeigte der Wusterhausener Bär, ebenso der Friedrichsbär, der Unterbär des Königsgrabens in der Nähe des jetzigen Jirtus Busch, wie aus allen Abbildungen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts ersichtlich ist. An den Wehren wurden Mühlen angelegt, um das vorhandene Gefälle gewerblich auszunutzen. Am Wusterhausener Bär befand sich eine Mühle für die Weisgerber, die ursprünglich mit dem Bär an der Singakademie verbunden war, von hier jedoch wegen des ungenügenden Gefälles verlegt wurde. Der Wusterhausener Bär hat seinen Namen von der Landstraße des Königsgraben, die in seiner Nähe verläuft. 1718 und 1801 wurde der Bär erneuert. Als um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Festungswerke entfernt wurden, kamen die Ufergelände der Gräben und die Bastionen zur Bebauung. Leider hatte man damals versäumt, diese Flächen freizuhalten und sie in Grünflächen umzuwandeln, wie in vielen anderen Städten. So wurde auch das Ufergelände des Grünen Grabens bebaut, der Graben selbst verengert, so daß schließlich der Wusterhausener Bär nicht mehr mitten im Graben, sondern auf dem Festland stand, und zwar auf dem Grundstück Neue Kofstraße 10. Als dieses Grundstück neu bebaut wurde, brach man den Bär ab und errichtete ihn im Könlischen Park als eines der wenigen Wahrzeichen des alten Berlin.

Nichtbefolgung der Polizei.

Zu wenig Humor!

Eine äußerst lehrreiche Gerichtsverhandlung. Es wäre zu wünschen, daß das Ministerium des Innern oder der Polizeipräsident in allen Fällen, in denen Zusammenstöße mit der Polizei im Gerichtssaal verhandelt werden, stets denselben Referenten entsenden würden. So läme ein unschätzbares Material zusammen, das in hohem Maße geeignet wäre, etwaige Mißgriffe der Polizei in Zukunft zu vermeiden und ihr ersäuben würde, die richtigen Wege in der Behandlung von Menschen zu gehen.

Wfo diesmal war ein Zusammenstoß auf folgende Weise zustande gekommen. Am 14. März hatte der Kunstauschuss die Bevölkerung des 5. Bezirks (Osten) zur Demonstration für den Volksentscheid aufgerufen. Der Zug bewegte sich, begleitet von seinen Ordnern und einem Polizeiauto mit einem 24köpfigen Kommando in mustergültiger Ordnung von der Weberwiese zur Warschauer Straße. Die Polizei hatte Befehl erhalten, die Straßen für den Trambahnverkehr frei zu halten. Neben der Musikkapelle der roten Frontkämpfer und auch weiter hinten marschierte auf den Straßen das Publikum. An der Ecke der Warschauer Straße erhielten sechs Schupoleute den Befehl, das Publikum zur Mittelpromenade abzudrängen. Unter den Ordnern war auch ein braver Sochse mit aufgewirbeltem Schnurrbart und etwas runderlichen Formen, der im Kriege vielleicht ein vorzüglicher Unteroffizier oder Feldwebel gewesen sein mag. Erfüllt von der Würde seines Ordnerberufs, „strafte“ er unterwegs die Polizeibeamten, die ihn aufforderten, sich näher an den Zug zu halten, „mit Berachtung“. Als er nun von dem Schupobeamten an der Warschauer Straße in etwas sehr energischem Ton mit einer entsprechenden Berührung aufgefordert wurde, sich auf die Mittelpromenade zu begeben, schälte er ihm entgegen: „Hier sind wir selbst Polizei“. Darauf wurde er von dem Oberwachmeister und einigen anderen Beamten angefaßt und auf das Auto gebracht. Bald darauf verließ er es für einige Augenblicke und wurde wieder hinaufgeholt. Das Publikum, erregt über die Festnahme des Ordners, begann den Lastwagen und die Schupoleute zu bedrängen, die üblichen Schimpfworte ertönten, einer von den Schupoleuten wurde abgedrängt, der Beamte Müller gab einen Schreckschuß, Gummiknüppel traten in Aktion — mit einem Wort, die Stimmung wurde sehr erregt. Ein Ordner, der von der Spitze des Zuges herbeigeeilt war und den Beutnant Müller umbebingt sprechen wollte, ebenso wie der Leiter des Zuges, der den Beutnant nach seinem Namen fragte, und noch ein anderer Ordner, der eine Frau zu beruhigen suchte, erhielten die Aufforderung, das Auto mitzubefolgen. Desgleichen auch ein Hroist, der vorher noch einen Schlag mit dem Gummiknüppel erhalten hatte. Auf dem Revier mußte der Beutnant keinen Bescheid, weshalb er die Beute

verhaftet hat. Im Polizeipräsidium war im Vernehmungsprotokoll „Nichtbefolgen der Polizei“ durchstrichen und „Widerstand“ statt dessen hingeschrieben. Das Gericht Berlin-Mitte verurteilte den Ordner T.

Welche Behren sind nun dem Vorfall zu entnehmen? Einmal ist es nicht richtig, wenn ein Beamter Ordner ebenso wie „andere Leute“ behandeln will und ein anderer geringfügig meinte, „er wolle den Ordner machen“. Zum andern: Bedeutet es wirklich ein Nichtbefolgen der Anordnungen der Polizei, wenn der Leiter des Zuges den Namen des Beutnants wissen will? Und hätte es überhaupt zu dem Vorfall, der unter Umständen böse Folgen hätte haben können, zu kommen brauchen, wenn der Beamte, der den sächselnden Ordner zur Rede stellte, etwas mehr Humor besessen hätte. Sprach doch letzters der Ministerialdirektor Dr. Weggg davon, daß den Beamten eine gute Portion Humor nicht schaden könnte.



Während der Ferien- und Reisezeit kann der „Vorwärts“ auf jede Dauer allortorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer fordern das Zentral-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit unter 14 Tagen per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 6 Pf., Sonntags 10 Pf. (pro Woche 45 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ durch Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementsbetrage die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Monat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe stelle oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist jedoch erforderlich. Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297



Von einem Lastkraftwagen folgefahren. Gestern abend gegen 1/2 7 Uhr wurde der elfjährige Schüler Alfred Schulz aus der Dettleffstraße 1 in Hohenschönhausen vor dem Hause Hauptstraße 15 von einem Lastkraftwagen erfasst und überfahren. Das Kind hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß es bereits auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb.

Bienenschwärme in den Straßen Berlins. Während des gestrigen Tages wurde die Feuerwehr nicht weniger als zehnmal nach verschiedenen Stadtteilen gerufen, in denen sich größere Bienenschwärme an Balkonen, Blumenkästen und Bäumen festgesetzt hatten. Die Bienen wurden eingefangen und der Gartenbauhule zu Dahlem übergeben.

Der Arbeitergefangenenverein „Sangeslust“ Grünau, Wügl. d. N. S. B., veranstaltet am Donnerstag, 15. Juli, im Restaurant von Paul Umann, Grünau, Waldhölzchen-Schmiedewerks-Gebäude, abends 8 Uhr, einen Volksliederabend belteren und ersten Inhalts bei freiem Entree. Die Uebungstunden werden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal von Jul. Werner, Eidenicker Str. 125, abgehalten.

Von Köln nach Breslau im Laufe. An den Deutschen Kampfspiele in Köln beteiligten sich auch die Sportleute der Polizei in erheblichem Maße. Zwei von diesen, die Breslauer Polizeiwachmeister Hauke und Baruffe, beachtlichen, nach Schluß der Kampfspiele in Köln den Rückweg von Köln nach Breslau innerhalb 10 Tagen im Laufe zurückzulegen. Da es sich um eine Entfernung von rund 800 Kilometern handelt, würden die beiden Sportleute täglich eine Strecke von fast 80 Kilometern zurückzulegen haben. In der Zeitschrift „Deutscher Polizeisport“ (Berlin W. 35) bittet der Polizeisportreferent des Kommandos der Breslauer Schupo die alle Polizeibehörden der Orte, die von den beiden Beamten besucht werden, diesen jede Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.

Eröffnung des Seebadens nach Ostpreußen—Danzig. Amlich wird mitgeteilt, daß die Eröffnungsfahrt des Seebadens nach Ostpreußen—Danzig mit dem Motorschnellschiff „Hansestadt Danzig“ bestimmt am Sonnabend, 17. Juli, abends 7 Uhr 30 Min. von Swinemünde aus stattfinden wird. Schiffsunfall im Stettiner Haff. Auf dem Grabower Freistadten wurde nach einer Meldung aus Stettin eine mit zahlreichen Arbeitern besetzte Fähre von einem in Lasten (im Haff) beheimateten Motorsegler gerammt und zum Kentern gebracht. 14 Personen fielen von der Fähre ins Wasser. Die meisten Personen vermochten sich an dem Boot des weiterfahrenden Motorseglers festzuhalten und wurden an Bord genommen. Drei Personen sind ertrunken.

Ein Sportflugzeug verunglückt. Gestern abend kurz vor 8 Uhr startete der Pilot Papius mit einer Sportmaschine in Düsseldorf zum Ueberführungsflug nach Bonn. In einer scharfen Kurve am Südrande des Fluges, in der geringen Höhe von etwa 50 Meter, stürzte das Flugzeug ab. Der Führer Papius wurde getötet, der Begleiter, Monteur Keller, schwer verletzt. Es handelt sich um eine ausgeprochene Sportmaschine und kein Verkehrsflugzeug.

Aus der Partei. Der Matteotti-Fonds. Der Aufforderung der Sozialistischen Arbeiterinternationale, einen internationalen Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie zu schaffen, sind die meisten ausländischen sozialistischen Parteien durch Veranlassungen von Sammlungen nachgekommen. In der ersten Juliwuche wurden diese Sammlungen abgeschlossen. Einige Parteien haben dem Fonds direkt aus Parteimitteln Beiträge überwiesen, so die Schwedische 5000 Schwedenkronen, die finnlandische 3000 finnische Mark, die deutsche 3000 Reichsmark.

Sozialistische Bildungsturse.

In diesem Jahre hat der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit den Versuch unternommen, neben den Wochenkursen, die in fast allen Bezirken Deutschlands in der Sommerzeit abgehalten werden, spezielle Kurse für Funktionäre der Arbeiterbewegung zu veranstalten. So fand, wie im „Vorwärts“ erwähnt, vom 27. Juni bis 3. Juli in Friedrichroda i. Th. ein Schulungskursus für Frauen statt, an dem 41 Genossinnen aus fast allen Bezirken teilnahmen, die von ihren Organisationsleitungen zum Kursus delegiert waren. Thema des Kursus war: „Das Heidelberger Programm“, dessen einzelne Abschnitte in Vorträgen und praktischen Uebungen gründlich durchgesprochen wurden. Die Leitung lag in den Händen der Genossin Anna Geyer, die gleichzeitig auch die Fragen der Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik behandelte. Genossin Marie Juchacz, die im Namen des Parteivorstandes den Kursus begrüßte, sprach über das Thema „Die aktive Frau in der Partei“, Genosse A. Stein über den „Grundriss des Heidelberger Programms“, Genosse Dr. Carl Herz über „Verfassungs-, Verwaltungs- und Justizfragen“. An alle Vorträge schloß sich eine lebhaft und oft sehr ausgedehnte Aussprache, die Gelegenheit gab, die wichtigsten Probleme der Gegenwart in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. An den Abenden fanden ferner praktische Unterweisungen in Abfassung von Reden sowie in Berichterstattung über Versammlungen statt. Die Arbeit eines jeden Tages wurde unter Führung der Genossin Lisa Albrecht mit Gymnastikunterricht eingeleitet, an dem sich fast alle Teilnehmerinnen mit großem Eifer beteiligten. So war dafür gesorgt, daß neben der intensiven geistigen Arbeit auch die sportliche Betätigung und die körperliche Erholung nicht zu kurz kamen. Das Ergebnis war allerseits befriedigend; es konnte am Schluß des Kursus festgestellt werden, daß die Teilnehmerinnen aus der Arbeit der Schulungswuche zahlreiche Anregungen geschöpft hatten und mit dem vertieften Wissen zu ihrem Wirkungsbereich in den Bezirken zurückkehrten.

Fast zu gleicher Zeit wie der Frauenkursus fand in Bernigerode i. H. ein Kursus für Parteiredakteure statt, der 12 Tage währte. 27 Redakteure, die von ihren Redaktionen delegiert waren, nahmen an dem Kursus teil, der der Erörterung der „Probleme der Weltwirtschaft und Weltpolitik“ gewidmet war. Die allgemeine Leitung lag in den Händen des Genossen A. Stein, als Lehrer wirkten mit: Prof. B. Kuske, Dr. Fröh Baade, Fröh Raphaeli und Hermann Müller. Ein Vortrag des Genossen Adolf Braun über das „Wesen des sozialistischen Journalismus“ leitete den Kursus ein, der im Verlauf seiner Arbeiten nochmals Gelegenheit nahm, in eingehender Aussprache die Pflichten des sozialistischen Redakteurs zu erörtern. Die Themen, die im Kursus behandelt wurden, lauteten: A. Kuske: „Die treibenden Kräfte der weltwirtschaftlichen Entwicklung“, „Die Entwicklung des europäischen Produktionssystems“, „Die Beziehungen Europas zu den anderen Erdteilen“; F. Raphaeli: „Der Stand der internationalen Wirtschaft“, „Probleme der Handelspolitik“; F. Baade: „Probleme der internationalen Agrarwirtschaft“, „Grundlagen eines Agrarprogramms“; A. Stein: „Rußland und der Bolschewismus“; H. Müller-Franken: „Die sozialdemokratische Außenpolitik einst und jetzt“. Ferner wurden in einer Reihe von Vorträgen die Probleme des wirtschaftlichen und politischen Internationalismus erörtert und in praktischen Uebungen Anleitungen für die Auswertung wirtschaftsstatistischer Materials gegeben. Auch in diesem Kursus konnte am Schluß festgestellt werden, daß die Teilnehmer zahlreiche Anregungen aus dem Kursus geschöpft haben und mit gesteigertem Wissen an ihre Arbeit zurückkehrten. Der Versuch, der vom Reichsausschuh unternommen wurde, kann als vollständig geglückt bezeichnet werden.

Ein Branting-Fonds in Schweden. Zur Erinnerung an ihren verstorbenen Führer Hjalmar Branting hat die schwedische Sozialdemokratie Sammlungen für einen Branting-Fonds veranstaltet. Die Sammlungen hatten ein äußerst gutes Ergebnis; 92 000 schwedische Kronen gingen ein. Aus dem Fonds sollen der Bildungsarbeit der schwedischen Partei und der Gewerkschaften Gelder zufließen. Der Fonds soll durch weitere Sammlungen ergänzt und so verwaltest werden, daß er im Laufe von 10 Jahren eine halbe Million Kronen umfaßt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Einblendungen für diese Rubrik sind hier an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 15. Juli: Gruppe Charlottenburg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Köpenicker 4. Schloß der Aussprache über den Wachsen von Ordnung: „Was ist Sozialismus“ — Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 63 Vortrag: „Die Krise der deutschen Wirtschaft“, Referent: Dr. Otto Friedländer. Bitte mitkommen. — Gruppe Köpenick 11: 8 Uhr auf dem Bergsteig-Treffpunkt zu einem gemeinsamen Spaziergang.

Wächung, Arbeitsausschuh! Heute, Donnerstag, 15. Juli, 6 1/2 Uhr, im Saal der Könlischen Ehrenhalle, Lindenstr. 3, Arbeitsausschuhorganisation.

Sterbetafel der Groß-Berliner Parteiorganisation. 3. Wst. Unter lieber Genosse Fröh Adig. Am Könlischen Park 2. ist im Alter von 87 Jahren verstorben. Einäscherung am Sonnabend, 17. Juli, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Wir bitten um recht regen Anteilnahme.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Wanderversammlungen heute, Donnerstag, 15. Juli, 7 1/2 Uhr, Jugendheim Lindenstr. 3. Tagesordnung: 1. Unsere Winterarbeit, 2. Der Wandertag am 1. August, 3. Uebungsbericht Gen. Charlett, „Sozialistisches Wandern“.

Heute, Donnerstag, 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Schönhaufer Vorstadt I: Schule Drielenze Str. 2. 15-Minuten-Referate. — Schönhaufer Vorstadt II: Schule Oberwallder Str. 10. Aussprache: „Gemeinschaft und Reform“. — Südwest: Beteiligung am Wahlberortrag der Wanderteiler — Adlershof: Südliche, Mittelstraße. Arbeiterjugend und Schupo-Literatur. — Ostend: Jugendheim an der Rundelung. Aussprache über: „Entstehung der SZP.“ — Werdersee: Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft Demmann in der Wohnung des Genossen Heima, Warschauerstr. 16.

Wählung Südwest: Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3. Tr., Sonnabend, 17. Juli, 7 Uhr. Uebernahme: Eltern, Parteigruppen und -genossinnen sowie Bekannte sind herzlich eingeladen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Einmal Gewitter, sonst heiter und wieder sehr warm. — Für Deutschland: In Süd- und Mitteldeutschland stichweise Gewitter, überall sehr warm.

FRITZI MASSBARY

unsere unverändert gehaltreiche 3 Kennig-Zigarette bringen wir jetzt auch ohne Mundstück in rundem, vollem Format. — Künstlerhände schufen ihr zu Ehren eine neue würdige Hülle: — Sie

erscheint im Silberkleide!

Kommunale oder private Gasversorgung?

Gasmonopol der Ruhrzechen? — Das Schicksal der Regiebetriebe.

Die Frage der Ferngasversorgung wird für die Industriebezirke des Rheinlandes und Westfalens und die am Oberrhein liegenden Länder von Tag zu Tag aktueller. Das Privatkapital wird durch die Kohlenkrise gezwungen, die bei der Kohlenverwertung, bei der Kokszerzeugung gewonnenen Nebenprodukte möglichst gewinnbringend und restlos abzuheben. Schon bemühen sich die Zechen unter Führung des Thyssen-Konzerns, die Kohle möglichst restlos zu vergasen, ein Ziel, das durch die neuen technischen Einrichtungen erreicht worden ist — und gleichzeitig alle durch Ferngasversorgung erreichbaren Städte mit Zechengas zu beliefern. Sie stoßen dabei auf die Regiebetriebe der Städte, die durch einen

Konzentrischen Angriff des Grubentapitals

und seiner Parteigänger beseitigt werden sollen, und sie finden dabei auch in zahlreichen bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheiten und bei privatkapitalistischen Direktoren dieser Regiebetriebe starke Unterstützung.

Es ist nötig, die Öffentlichkeit mehr als bisher auf die Gefahren dieser Gasmonopolisierungsbestrebungen hinzuweisen. Schon in der Vorkriegszeit versuchte das Ruhrkapital, die Ferngasversorgung bis zum Oberrhein auszudehnen, scheiterte aber damals an dem Widerstande der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion von Mannheim. Die erste Ferngasversorgung in Deutschland ging von den Gaswerken Lübeck und Heidelberg aus, und seit dem Jahre 1903 hat diese Form der Gasbelieferung immer größere Kreise gezogen. Im Rheinland ging sie zunächst von den Gaswerken der Städte Krefeld und Mönchen-Gladbach aus, die ihr Abgabebiet auf die benachbarten Gemeinden ausdehnten. Sehr bald löste das Privatkapital die Regiebetriebe in der Ferngasversorgung ab.

Durch Thyssen und Stinnes und das RWE wurde die Ferngasversorgung immer mehr ausgebaut.

So daß im rechtsrheinischen Teil der Rheinprovinz von Bentrath bis zur holländischen Grenze nur noch wenig Eigenbetriebe der Kommunen zu finden sind. Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Münster, Hamm, Barmen und zahlreiche andere Städte mit annähernd fünf Millionen Einwohnern werden heute aus zahlreichen Kokerereien mit Ferngas versorgt. Der Krieg störte zunächst auch diese Expansion, aber schon zwei Jahre nach Friedensschluss ging das Ruhrkapital aufs Ganze und versuchte, das Rheintal von Düsseldorf bis Mannheim in seine Gewalt zu bekommen. Man wollte Kokerereien längs des Rheins errichten, so in der Nähe von Mannheim, bei Bonn und in Schierstein. Diese Kokerereien sollten mit den neuen geplanten Hafenanlagen in Verbindung gebracht werden, scheiterten aber, als diese Hafenanbauten nicht zur Ausführung kamen. Da rückte die Stadt Köln mit ihrem großen Hafenanbau und Hafenerweiterungsplan heraus, bei dem Thyssen ein Gelände von 300 Morgen mit mächtigen industriellen Anlagen für den Abfall und die Verwertung seiner Kohle bebauen wollte. Das Schicksal dieses Unternehmens ist auch heute noch nicht entschieden; noch heute hofft Thyssen, die Stadt Köln mit seinem Gas zu versorgen und im Hafen von Köln eine große Kokererei, eine moderne Düngereisfabrik und technische Anlagen zur Ausbeutung der Nebenprodukte errichten zu können.

In diesen Absichten wird er durch die im Jahre 1922 gegründete „Studiengesellschaft zur Erforschung der Gasfernversorgung des Rheinlands“

bestärkt, und es ist recht bezeichnend, daß an der Spitze dieser Studiengesellschaft der Generaldirektor der städtischen Werke in Köln, Herr Dr. Brenger, steht. Bei näherem Zusehen zeigt sich, daß die Ziele dieser Studiengesellschaft mit denen der Thyssen-Werke identisch sind. In einer ausführlichen Denkschrift über

die Gasfernversorgung des Rheinlandes wurde zunächst mit Recht darauf hingewiesen, daß die Kommunen heute nicht mehr auf die Erzeugung am eigenen Orte angewiesen seien, durch Kompression des Gases könne heute das Gas unter hohem Druck auf weite Entfernungen geleitet werden. Wenn dann aber in der Denkschrift weiter behauptet wurde, daß darum die Gasfernversorgung des Rheinlandes von Düsseldorf bis Mannheim (spruchreif geworden sei, so vergessen die Herren denn doch, daß der

Gasbezug mit wachsender Entfernung sich verteuert.

Außerdem ist es nicht recht erschällig, warum diese Ferngasversorgung unbedingt in die Hände des Ruhrkapitals gelegt werden soll, wo doch technisch vorzüglich ausgebaut Gaswerke in Frankfurt, Mainz und Köln bestehen, die diese Funktionen ebenso gut übernehmen können. Es kann sich also nur darum handeln, daß sie die Gaszerzeugung und den Gaspreis in die Hände des Ruhrkapitals monopolisieren wollen. Im August 1925 versuchte die Gasfernverorgungs G. m. b. H. zusammen mit dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer, auch die Städte Mainz und Wiesbaden für die private Ferngasversorgung zu erwärmen. Da es sich aber auch in diesen Besprechungen bald zeigte, daß eine ergiebige Ferngasversorgung höchstens vom Ruhrgebiet bis nach Bonn reicht, wankten die Städte Mainz und Wiesbaden ab. Seitdem konzentriert sich das Interesse des Ruhrkapitals hauptsächlich auf die Stadt Köln, wo um diese Frage noch heftige Kämpfe entbrennen werden, da der technische Leiter der städtischen Werke und der Kölner Oberbürgermeister innerlich mit der privatkapitalistischen Kokszerzeugung und Gasproduktion sympathisieren. Wir wollen nicht verkennen, daß das Ruhrkapital mit diesen Expansionsbestrebungen einen Existenzkampf verliert, der mit dem

Rückgang der schwarzen Kohle zugunsten der Elektrizität, der Braunkohle und des Oels

zu erklären ist. Nur ist immer wieder unbegreiflich, warum sich die technische Konzentration in den Händen des Privatkapitals halten soll. Die Gemeinden müssen vor der Abhängigkeit von privaten Unternehmungen dringend gewarnt werden. Die Monopolisierung der Gasfernversorgung würde den Kommunen nicht nur wertvolle Einnahmequellen nehmen, sondern auch steigende Preise der Kohle und ihrer Nebenprodukte bringen. Immer wieder wird behauptet, daß die Eigenerzeugung viel teurer zu stehen komme als die Belieferung mit Zechengas. Aber man wählt sich dabei bezeichnenderweise Vergleichsziffern aus mittlerer oder veralteten Werten aus, Ziffern, die einige Jahre zurückliegen, so daß sie kein Bild von der wirklichen Leistungsfähigkeit größerer kommunaler Werke geben können. Die modernen Schrägenbau-technik eröffnet für die Kommune die Möglichkeit rentabler Erzeugung und befähigt sie, aus eigener Kraft kleinere, weniger leistungsfähige Gemeinden mit kommunalem Gas zu beliefern. Diese Möglichkeit muß noch mehr als bisher ausgebeutet werden. Aber noch mehr als das Gas selbst haben die bei der Verkokung gewonnenen Nebenprodukte, vor allem auch die Abwärme, die für die Elektrizitätserzeugung verwertet werden kann, ihre Zukunftsbedeutung.

Darum begrüßen wir den energischen Widerstand, den die in den Gasbetrieben beschäftigten Arbeiter den Privatierungsbestrebungen des Ruhrkapitals entgegenzusetzen. Sie haben einen unentbehrlichen Bundesgenossen gefunden: die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Rheinland, Westfalen und Hessen, die sich in einer Konferenz einmütig auf den Standpunkt stellten, daß alle Gasbetriebe der privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen und durch öffentlich-rechtliche Körperschaften betrieben werden müssen. Natürlich dürfen sich aber in keinem Falle kleinere Gemeinden aus lokalem Patriotismus der Versorgung durch rentablere Großgaswerke der großen Kommunen verschließen.

H. H.

Zur Aufwertung der Fabrik- und Werkstätten.

Die Durchführungsvorordnung über die Guthabenaufwertung bei Fabrik- und Werkstätten, über die wir kürzlich berichteten, läßt folgende Gesamtregelung erkennen: Bis höchstens 25 Proz. werden aufgewertete Guthaben aus Fabrik- und Werkstätten, wenn es sich um freiwillige Zuwendungen des Arbeitgebers handelt und wenn das Vermögen vom Betriebsvermögen getrennt verwaltet wurde. Nicht an die Grenze von 25 Proz. gebunden ist die Aufwertung von Guthaben, die von Arbeitnehmern eingezahlt sind und die vom Betriebsvermögen nicht getrennt verwaltet wurden. Als freiwillige Zuwendungen des Arbeitgebers sind Leistungen anzusehen, die „ohne rechtliche Verpflichtung, ohne Gegenleistung und ohne Verkürzung der den Arbeitnehmern gewährten Leistungen“ erfolgt sind und die tatsächlich oder buchmäßig der Kasse zugeführt wurden. Das gilt auch für Schenkungen und Stiftungen. Eine getrennte Verwaltung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Kassenvermögen dem Unternehmen „in nicht erheblichem Umfang oder nur verhältnismäßig kurze Zeit als Betriebsmittel zugeflossen ist“.

Die Berechnung der aufzuwertenden Guthaben erfolgt auf folgende Weise: Stichtag für die Berechnung ist der 15. Juni 1922. Auszahlungen vor diesem Datum werden zum Nennwert (Papierwert) angerechnet. Diese Auszahlungen werden auf die letzte Aufschrift vor dem 15. Juni angerechnet. Guthaben, Ein- und Auszahlungen am 15. Juni und nach dem 15. Juni 1922 werden in Gold umgerechnet und angerechnet. Wer sein Guthaben nach dem 15. Juni 1922 ausbezahlt erhielt und dem Betriebe nicht mehr angehört, muß seine Forderung bis zum 31. Dezember 1926 beim Schuldner (Wert) anmelden.

Der Aufwertungsbetrag ist bis zum 1. Januar 1925 unverzinslich. Rückständige Zinsen gelten als erloschen, soweit Zinsen gutgeschrieben sind, bleibt es dabei. Ab 1. Januar 1925 beträgt der Zinsfuß drei, ab 1. Januar 1928 fünf Prozent.

Ueber die Höhe der Aufwertung entscheidet im Streitfall die Aufwertungsstelle, die von jedem Unternehmer und jedem Kassengläubiger angufen werden kann. Die Anrufung der Aufwertungsstelle ist zu veröffentlichen und im Betrieb auszuhängen. Die Entscheidungen der Aufwertungsstelle gelten einheitlich für alle Gläubiger. Abgeschlossene Vergleiche können für alle Gläubiger einer Kasse verbindlich erklärt werden. Das Verfahren ist in der Durchführungsvorordnung ausführlich geregelt.

Bis zu einem Aufwertungsbetrag von 50 M. kann drei Monate nach Rechtskraft der Entscheidung der Aufwertungsstelle die Auszahlung der Summe und der Zinsen verlangt werden. Grundfähig ist es mit der Auszahlung aber so, wie bei der übrigen Aufwertung: die Auszahlung kann von dem 1. Mai 1932 nicht verlangt werden. Unter Berücksichtigung der Lage des Schuldners kann die Aufwertungsstelle aber anordnen, daß die Aufwertungsbeträge ganz oder zum Teil schon ab 1. Januar 1927, oder erst nach 1932, spätestens jedoch bis 31. Dezember 1935 zu zahlen sind.

Ablösung der deutschen Länder- und Gemeindeanleihen. Alle Länder haben für die Ablösung der Papiermarkanleihen von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden festgelegt, daß zwischen dem 2. August und dem 1. November dieses Jahres die Annemeldung der betreffenden Anleihen erfolgen und der Anspruch auf Ablösung geltend gemacht werden muß. Für den Staat Preußen kommen dabei nur Inflationsanleihen (1921—1923) in Betracht, da die Vorkriegsanleihen auf das Reich übergegangen sind, wie bei allen Ländern mit vordem eigenen Eisenbahnen. Für die Ablösung gelten folgende Sätze des Goldwerts:

5 Prozent für die fünfprozentigen Schahnanweisungen von 1921 und 1922.

12½ Prozent im Falle des Altbesitzes oder im Falle des Umtausches gegen den gleichen Betrag der Schahnanweisungen von 1917 bzw. 1918.

12½ Prozent des Goldmarkwertes der 7—15prozentigen Schahnanweisungen von 1923.

Die Barablösung erfolgt ohne Rücksicht auf die Größe des Besizes, insbesondere auch an solche Inhaber, deren Besitz 500 Goldmark nicht erreicht. Zinsen werden nicht vergütet. — Im Nennwert ausgedrückt gelten folgende Ablösungssätze: 500 Mark Nennwert der fünfprozentigen Schahnanweisungen von 1921 werden eingelöst mit 1,75 Reichsmark; im Falle des Altbesitzes oder im Falle des Umtausches gegen Schahnanweisungen von 1917 mit 4,35 Reichsmark. 500 Mark Nennwert der fünfprozentigen Schahnanweisungen von 1922 werden eingelöst mit 0,35 Reichsmark; im Falle des Altbesitzes oder im Falle des Umtausches gegen den gleichen Betrag von Schahnanweisungen von 1918 mit 0,90 Reichsmark. Fünftausend Mark Nennwert der 7—15prozentigen Schahnanweisungen von 1923 werden einheitlich eingelöst mit je 1,15 Reichsmark. Der Einlösungsbetrag ist das Zweifache bzw. Fünftfache der Ablösungsschuld. — Bei der Ablösung der auf Mark lautenden Schuldscheine in darlehen können Altbesitzer, die von der Barablösung keinen Gebrauch machen wollen, zwischen dem 2. August und 1. November einen Anspruch auf Umtausch in Ablösungsanleihe und Gewährung von Auslösungsrechten geltend machen; und zwar unmittelbar bei der preussischen Staatsschuldenverwaltung in Berlin. Es muß jedoch ein Altbesitzwert von 500 Goldmark vorhanden sein. Außerdem kommen insoweit der Zinszahlung nur die Sätze der Ablösungsschuld in Frage.

Unterszeichnung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Mittwoch wurde in Bern der deutsch-schweizerische Handelsvertrag durch die Bevollmächtigten der beiden Staaten unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet.

Internationale Automobilausstellung in Köln. Die Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und dem Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie wegen der Veranstaltung einer internationalen Automobilausstellung in Köln sind jetzt zum Abschluß gekommen. Nach dem Abkommen wird der Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie in Verbindung mit dem Messeamt Köln im Frühjahr nächsten Jahres eine internationale Ausstellung für Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge in Köln veranstalten; vorgezogen ist die Zeit vom 10. bis 20. März 1927. Die Kölner Ausstellung, die in Zukunft jedes Jahr wiederkehren soll, wird die erste internationale in Deutschland sein.

Der Zementabsatz hat sich im zweiten Vierteljahr 1926 abermals gegenüber dem ersten Vierteljahr um 10 Proz. vermindert, nachdem bereits das erste Quartal 1926 einen erheblichen Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr gebracht hat. Während im zweiten Vierteljahr 1925 rund 1,8 Millionen Tonnen zum Verkauf gelangten, waren es 1926 nur 1,6 Millionen Tonnen. Dabei ist, wie in anderen Industrien, die Beobachtung zu machen, daß der Export gegenüber dem Vorjahr sich nicht vermindert hat. Der Absatzrückgang liegt durchaus in den Verhältnissen des Binnenmarktes begründet. Diese Erscheinung beweist die seit langem von uns betonte Tatsache, daß die Dauerkrise in Deutschland der Ausdruck einer bedenklichen Entwicklung ist, die stark unter dem Eindruck einer verkehrten Wirtschaftspolitik steht.

Die Gefrierfleischimporte. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, war für das dritte Quartal 1926 im Juni die Einfuhrbewilligung für 21 000 Tonnen zollfreies Gefrierfleisch gegeben worden. Im August soll für den Monat September die zollfreie Einfuhr von weiteren 10 000 Tonnen bewilligt werden. Ab 1. September werden dann monatlich, wie in dem bekannten Voranschlag des Reichs Ernährungsministers vorgezogen ist, 10 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei eingeführt.

Die Reorganisation der deutschen Zündholzindustrie.

Ueber die kürzlich erfolgte Sanierungaktion in der Zündholzindustrie wird uns von gut unterrichteter Seite geschrieben:

Die Grundlage für die Gesundung der deutschen Zündholzindustrie bildet die am 12. Juli d. J. erfolgte Gründung der Deutschen Zündholzvertriebs-A. G. zu Berlin, die die Aufgabe hat, die Produktion von Zündhölzern in Deutschland dem wirklichen Verbrauch jeweils anzupassen. Der Vertriebsgesellschaft sind die schwedische Gruppe, die freien deutschen Fabrikanten und als Vertreterin der ihr angeschlossenen Konsumvereine die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg beigetreten. Sie hat ein Aktienkapital von 1 Million Mark, von dem die Hälfte von der schwedischen Gruppe, die andere Hälfte von den deutschen Interessenten, und zwar unter diesen in der Mehrheit von der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Berlin, übernommen worden ist. Der gesamte Bedarf der Konsumvereine in Zündhölzern wird von der G. G. aus ihren eigenen Fabriken unbeschränkt gedeckt werden; in die Versorgung des sonstigen Marktes, die ausschließlich durch die Vertriebsgesellschaft geschieht, teilt sich die schwedische Gruppe und die Gruppe der freien deutschen Fabrikanten im Verhältnis von 65 Proz. : 35 Proz. Die Unterverteilung der auf die deutschen Fabrikanten entfallenden 35 Proz. auf die einzelnen Betriebe ist Sache der deutschen Gruppe, die dafür einen allgemein anzuwendenden Schlüssel vereinbart hat. Die Vertriebsgesellschaft betreibt auch den Export deutscher Zündhölzer auf dem Weltmarkt.

Da der Vertrag auf 25 Jahre abgeschlossen worden ist, mußten besondere Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Konsumenteninteressen getroffen werden. Die Reichsregierung hat deshalb einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Preise, die im übrigen durch den Aufsichtsrat der Vertriebsgesellschaft nach der jeweiligen Marktlage und den durchschnittlichen Produktionskosten festgelegt werden. Die Aktien der Vertriebsgesellschaft dürfen auf Grund besonderen Vertrages nur mit 6 Proz. Dividende bedacht werden.

Damit eine reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen gewährleistet ist, sind alle nicht in den Händen der schwedischen Gruppe ruhenden Aktien in einer Aktienvormaltung G. m. b. H. zusammengeschlossen. So wird erreicht, daß die Wahlen zum Aufsichtsrat und die Wahl des unparteiischen Vorsitzenden des Aufsichtsrates immer im gegenseitigen Einverständnis erfolgen müssen.

Dem ersten Aufsichtsrat gehören unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Hans Kraemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, noch 10 Herren an, davon die Herren Generaldirektor Vaar Kreuger, Vertreter der Schwedengruppe, und Herr Fabrikant Max Langbein, Riesa, Vertreter des Vereins Deutscher Zündholzfabrikanten, als stellvertretende Vorsitzende. Die anderen Herren sind: Dr. Wilhelm Regendanz, Berlin, Generalkonsul Walter Ahlström, Stockholm, Ingenieur Otto Hallström, Berlin, Direktor Thomas Schintgen, Berlin, Johann Herr Franz Hamberger, Rosenheim (Bayern), Herr Josef Bodden als Vertreter der G. G. und die Herren Banddirektor Samuel Ritscher und Geheimrat Felix Heimann, als Vertreter der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Zu Geschäftsführern der Vertriebsgesellschaft mit gleichen Rechten sind Dr. A. S. Sudekum, Berlin, und Generaldirektor Adolf Rau, Hamburg, ernannt worden.

Voraussetzungen wird die Vertriebsgesellschaft am 15. August d. J. ihre Tätigkeit beginnen. Für die Zwischenzeit sind freie Vereinbarungen zwischen den Beteiligten getroffen worden.

Die Stellung der Konsumvereine.

Zu der Beteiligung der Konsumvereine an der Verkaufsgesellschaft der Zündholzindustrie schreibt uns die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg: Die Belieferung von Zündhölzern an die uns angeschlossenen Organisationen erfolgt wie bisher unmittelbar und für die Zukunft ausschließlich durch uns. Hinsichtlich der Preispolitik konnte jede Bindung, sowohl für die G. G. bezüglich des Großhandelspreises, als auch für die Vereine betreffend Festsetzung des Kleinverkaufspreises vermieden werden. Die Versorgung aller uns angeschlossenen Vereine, die nunmehr ohne Ausnahme durch uns zu erfolgen hat, wird sichergestellt dadurch, daß der G. G. bei steigendem Bedarf sowohl der Ausbau und die Vergrößerung der bestehenden Betriebe, als auch die Errichtung oder der Ankauf weiterer Fabriken gestattet ist. Alle diese Rechte sind vertraglich festgelegt. Die Gründung der Zündholz-Vertriebs-A. G. machte sich notwendig, um einer Ueberforderung der deutschen Industrie durch ausländisches Kapital wirksam entgegenzutreten. Eine Nichtbeteiligung seitens der G. G. hätte wahrscheinlich eine Zwangsbindung oder dergleichen im Gefolge gehabt. Die G. G. nimmt innerhalb der neugegründeten Zündholzvertriebs-A. G. eine Sonderstellung ein, die es ermöglicht, ihrer bisherigen Bedeutung entsprechend auch weiterhin für die Bedarfsdeckung der organisierten Verbraucher günstig und ungehindert zu wirken.

Leichte Besserung in der Maschinenindustrie.

Noch keine allgemeine Entspannung.

Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, dem Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, wird uns geschrieben:

An der Lage der deutschen Maschinenindustrie änderte auch der letzte Monat des ersten Halbjahres 1926 nichts Wesentliches. Der seit Beginn des Jahres beobachtete Verlauf der Wirtschaftskurven setzte sich in gleicher Weise fort: Der Beschäftigungsgrad bewegte sich während des ganzen Halbjahres auf einer mittleren Linie von etwa 60 Proz. der Normalbeschäftigung. Die einzelnen Monate brachten in regelmäßigem Wechsel keine Abweichungen nach unten und oben, wobei der Monat Juni etwas über dem Durchschnitt lag. Die Inlandsaufträge nahmen auch im Berichtsmontat wieder ein wenig zu. Die Anfragemöglichkeit der Auslandslieferung erfuhr im Juni sogar eine stärkere Belebung als in den Vormonaten und erreichte damit einen seit Mitte vorigen Jahres nicht mehr beobachteten Stand. Dagegen ließen die im Juni zustande gekommenen Abschlässe eine stärkere Geschäftsbelebung noch nicht erkennen. Der Auftragseingang aus dem Ausland bewegte sich zwar weiter auf der leicht nach oben gerichteten Linie, der Stand des Inlandgeschäftes blieb aber unverändert.

Von einer allgemeinen Entspannung der Lage kann in der Maschinenindustrie auch am Ende des ersten Halbjahres 1926 noch nicht gesprochen werden. Den Stimmen, die etwas hoffnungsvoller von den Zukunftsaussichten reden, steht eine Reihe anderer gegenüber, die von unverändertem Tiefstand oder weiterer Verschlechterung der Lage berichten.

Das Findelkind.

Von Volkmar Iro.

Die Kellnerin im „Roten Vogel“ heißt Anna und ist so schwächig, daß ihre kleinen Hände zittern, wenn sie die Bierkrüge von der Schant zu den Tischen schleppt. Sie ist nicht hübsch, nur ihre großen, dunklen, manchmal verweinten Augen sind schön. Sie ist auch nicht tollkühn wie andere Kellnerinnen und sie versteht nicht, Späße zu machen, aber die kleinen Beamten und Handwerker, die ihr Bier im „Roten Vogel“ trinken, haben sie gern, necken sie viel und fragen oft, wenn sie unter Tränen lächelnd ihr Trinkgeld nimmt, ob sie den treulosen Schatz noch immer nicht vergessen habe und sich nicht mit einem von ihnen trösten wolle. Dann lachen sie alle, der dicke Gerber Baumann wischt sich den Schaum vom Bart, poliert auf den Tisch und schreit, daß er so der richtige Kerl wäre, ein liebestrankes Weibsbild zu trösten. Und die schwächige Anna lacht mit, denn sie braucht die Pfennige, die sie ihr dann auf den Tisch legt.

Aber wenn sie oben in ihrer engen, niedrigen Kammer liegt, drückt sie den Kopf in das blau- und rotfarbige Kissen und schluchzt oft, bis sie vor Herzweh und Müdigkeit einschlüft. Manchmal nimmt sie die Blechbüchse mit den ersparten Markschnecken und zählt und verdeckt sie wieder sorgfältig unter dem Fußboden.

Und jeden Morgen wartet sie bei der Türe des Schankzimmers, bis aus der Mietkammer gegenüber die dicke Frau Lokomotivführergattin Müller mit der grünen Einkaufstasche und einem zweijährigen Jungen an der Hand tritt. Dann geht sie rasch hinüber und streichelt den Kleinen, der so große, dunkle Augen hat wie sie und gibt ihm jedesmal ein kleines Stück Schokolade oder ein paar Hefekrümele und weint oft, wenn der Kleine seine Händchen nach ihren schmalen Wangen streckt. Er heißt Fritz und Frau Müller fand ihn an einem bitterkalten Februarabend in elenden Lumpen auf der Stiege sitzen. In sein rotgefrorenes Häufchen war ein Fehlen Papier angehängt, auf dem eine unglückliche Mutter ihr Kind guten Menschen empfahl, da sie seit vierzehn Tagen ohne Obdach sei und mit dem Kleinen keinen Pfennig finde. Herr und Frau Müller nahmen ihn zu sich. Alle Parteien des Hauses, bis auf die grobe Frau Böhle, die trinkt und keine Kinder mag, sind gut zu ihm, manche schenken ihm alte Puppen und Bilderbücher; aber die Kellnerin Anna vergöttert ihn. Sie küßt ihn oft auf die leibigen blonden Haare, läßt mit nassen Augen in die Wirtshube zurück, pugt ihre Wälder in einem dunklen Winkel und weint ganz leise, damit sie niemand hört.

Denn obwohl sie um geringen Lohn und schlechtes Essen dient, zittert sie bei jedem Scheltwort des Wirtes, der eine lustige Kellnerin will, die den Gästen die Zeit vertreibt. Sie zittert auch vor der Birkin, die oft von der Nacht geplagt wird und der dann nichts recht zu machen ist. Aber sie muß den Posten um jeden Preis behalten, damit sie jeden Morgen und manchmal auch Nachmittags den Kleinen Fritz sehen kann, damit sie weiß, ob er an einem Regentage seinen warmen Mantel trägt, ob seine dicken Wänglein rot sind und ob er fröhlich ist. Von diesen paar Minuten zehrt sie den ganzen Tag, und die halbe Stunde, in der sie jede Woche die Frau Müller besucht und dem Kleinen selbstgebackene Hefekrümele und Sirupstücke bringt, sind für sie ein so schmerzliches Glück, daß sie sich oft nachher an einem Sessel hocken muß, wenn sie wieder bedient und Bier aus dem Schank trägt.

Und jeden Abend lacht die arme, schwächige Anna mit, wenn sie wegen ihres Schatzes genickt wird. Sie lacht und läßt sich auch von dem Gerber Baumann um die Taille nehmen. Denn sie braucht jeden Pfennig, weil sie hofft, daß sie dann doch eines Tages ihr Kind von der Frau Müller zurückholen kann. Wie — das weiß sie noch nicht; aber es ist ihr Glaube, von dem und für den sie lebt.

Aus Mussolinis Arbeiterleben.

Aus der Mussolini-Biographie, die Frau Margarete Sarfatti veröffentlicht, drückt ein römisches Tagesblatt den nachfolgenden Brief Mussolinis aus Lausanne ab, der das Datum 23. Oktober 1902 trägt. Der heutige Ministerpräsident war damals 19 Jahre alt. Daß der 43jährige die Erlaubnis zur Veröffentlichung dieses unerbautlichen document humain gegeben hat, ist bezeichnend und dient seinerseits dazu, die anormale Geistesbeschaffenheit des Mannes zu beleuchten. Der Brief lautet in wortgetreuer Uebersetzung:

„Mein Freund!

Was ich mich anjehle, Dir zu schreiben, sind Erinnerungen. Traurige Erinnerungen einer verzweifelten Jugend, die alles verloren sieht, sogar das Ideal. Was die folgenden Seiten enthalten werden, wirst Du niemand sagen: nur eine Frau kennt meine Schmerzen, und Du, wenn Du dies gelesen hast, ich werde Dich verfluchen, wenn Du schwelst. Diese meine Fortsetzung der Geheimhaltung wird Dir begreiflich erscheinen. Und jetzt fange ich an. Aus Quartieri bin ich am Morgen des 9. Juli abgereist, nachdem ich niemand Abschied gesagt hatte, außer der Frau meines Vaters. Es war ein Mittwoch, von Parma bis Mailand und von Mailand bis Chiasso eine unerträgliche Hitze, zum Verrecken. Chiasso, der erste republikanische Ort, beherrschte mich bis 10.30 Uhr abends. Beim Lesen des „Secolo“ hatte ich die Ueberzeugung, von der Verhaftung meines Vaters zu erfahren, der bei Wahluntersuchen beteiligt war. Die Verhaftung machte mir nur deshalb Gindrud, weil, wenn ich in Quartieri davon gemerkt hätte, ich nicht nach der Schweiz, sondern nach Romagna gefahren wäre. Ich fand einen Reisegefährten, einen gewissen Langherone aus Pontremosi, welcher mein italienisches Geld und stieg in den Zug, der am nächsten Morgen in Lugano halten sollte. 12 Stunden Fahrt. Der Wagen war voll von Italienern. Wirst Du es glauben? Ich stand fast die ganze Zeit am Fenster. Die Nacht war herrlich. Der Mond ging hinter den hohen, von Schnee weissen Bergen auf unter dem silbernen Lachen der Sterne. Der Eugauer See hatte magische Reflexe, wie eine polierte metallische Fläche, auf der unbekanntes verzaubertes Licht spielt. Der Gotthard erschien meinen Augen wie ein nachdenklicher, in sich gekletterter Ries, der der stählernen Schlinge, die mich in schwindelnder Flucht unter neue Menschen tragen sollte, wohlwollend Durchgang gewährte. Im Wagen schliefen alle, nur ich allein dachte. Was dachte ich in jener Nacht, die zwei Perioden meines Lebens schied? Ich erinnere mich nicht. Nur am Morgen — und das konnte nur der körperlichen Ermüdung kommen — als wir durch die deutsche Schweiz fuhren und ein novemberartiger Regen uns kalt bemitleidete, wie der Graß eines Unglücklichen, dachte ich — und das Herz zog sich in mir zusammen — an die grünen Gefilde Italiens, die eine glühende Sonne küßt. ... Was das der erste Keim des Heimwehs? Vielleicht. In Lugano stieg ich um und nahm ein Billett nach Noerdon, verteilt durch meinen Reisegefährten, der mir eine Stellung bei einem Bergmann vermittelte, einem Stoffhändler. Um 11 Uhr kam ich in Noerdon an; 36 Stunden Fahrt. Verblüfft und müde ging ich in eine ärmliche Kneipe, wo ich zum erstenmal Gelegenheit hatte, französisch zu sprechen. Ich sah, dann in dem italienischen Kaufmann, der redete mir den Kopf voll. Immerhin lud er mich zum

Potemkin-Ersatz.



Was brauchen wir den Potemkin-Film? Im Bismarck-Film II werden ohnehin die Potemkinschen Dörfer der Kaiserzeit aufgebaut!

Offen ein. Ich nahm an, Weiteres zweckloses Geschwätz. Schließlich gab er mir 5 Lire. Damit er nicht dachte, mir ein Almosen gegeben zu haben, ließ ich ihm ein sehr schönes Messer, arabische Imitation, das ich noch in Parma am 1. April gekauft hatte, zusammen mit unterm guten blonden Roman!

Der Freitag sah mich eine Stunde lang vor der Statue Pestalozzis, der in Noerdon geboren ist, und 23 Stunden im Bett. Am Samstag ging ich zusammen mit einem arbeitslosen Maler nach Orbe — einer nahen Stadt — um als Handlanger zu arbeiten. Ich fand Arbeit und fing am Montag morgen, den 14. an. 11 Arbeitsstunden am Tage, 32 Cent die Stunde. Ich trug 121 mal eine Last voll Steinen auf den zweiten Stock eines im Bau befindlichen Hauses. Am Abend waren die Muskeln meiner Arme geschwollen. Ich sah Kartoffeln, die in der Asche gebacken waren und warf mich angezogen aufs Bett; einen Haufen Stroh. Um 5 Uhr machte ich am Dienstag auf und ging wieder zur Arbeit. Ich bebte von der schrecklichen Wut der Ohnmacht. Der „Padrone“ machte mich tollwütig. Am dritten Tage lagte er mir: Ihr seid zu gut angezogen! Das sollte eine Anspielung sein. Ich hätte mich auflehnen mögen, dem Emporkömmling den Schädel spalten, der mir Hautheit vorwarf, wo sich mir die Knochen bogen unter den Steinen, ihm in die Schnauze schreien: halunke, halunke!

Und dann? Recht hat der, der dich bezahlt. Es kam der Samstagabend. Ich sagte dem Padrone, daß ich abreisen wollte, er solle mich bezahlen. Er ging in sein Bureau, ich blieb auf dem Flur. Kurze Zeit darauf kam er heraus. Mit schlecht verdeckter Wut warf er mir 20 Lire und Centesimi hin und sagte: da ist euer Lohn, und er ist gestohlen. Ich blieb verstört. Was sollte ich ihm tun? Ihn umbringen? Was tat ich ihm? Nichts. Warum? Ich hatte Hunger und war ohne Schuhe. Ein Paar fast neuer Holzschuhe hatte ich in Fesseln auf den Steinen des Baues gelassen, die mir die Hände zerrissen hatten wie das Leder. Fast darauf ging ich zu einem Italiener und kaufte mir Bergstiefel mit Nägeln. Dann packte ich mein Zeug und am nächsten Morgen — Sonntag, 20. Juli — nahm ich in Chamonay den Zug nach Lausanne. Das ist keine schöne, aber eine sympathische Stadt. Von der Spitze des Berges dehnt sie sich bis an die Ufer des Genfer Sees mit dem entzückenden Vorort Dugny. Lausanne ist voll von Italienern (6000), die nicht beliebt sind; hier ist die Exekutivekommission der sozialistischen Partei und hier erscheint das Wochenblatt „Avvenire del Laboratorio“, das ich mit dem Rechtsanwalt Barbani zusammen redigierte. Aber ich will der Reihe nach erzählen. Die erste Woche lebte ich leiblich in Lausanne mit dem in Orbe verdienten Gelde. Dann war alles alle. Eines Montags war der einzige metallische Gegenstand, den ich in der Tasche hatte, eine vernickelte Medaille von Karl Marx. Ich hatte am Morgen ein Stück Brot gegessen und wußte nicht, wo ich am Abend schlafen sollte. Verzweifelt wandte ich mich ins Weite, dann setzte ich mich (die Regenkrämpfe machten es mir unmöglich, lange zu gehen) auf den Sockel der Teilstatue, die im Park von Montbenon steht. Mein Blick wußte schrecklich gewesen sein in jenen schrecklichen Augenblicken, denn die Besucher des Denkmals sahen mich argwöhnisch, fast ängstlich an. Ach! Wenn De Dominis gekommen wäre, um mir seine Moral zu predigen, mit welcher Wonne hätte ich ihn umgedrückt! Um 5 Uhr verließ ich Montbenon und wende mich nach Dugny. Ich gehe lange auf dem Quai (eine herrliche Straße am Seeufer) und darüber wird es Abend. Die letzten Lichter der Dämmerung und die letzten Töne der alten Glocken lenken mich ab. Eine unendliche Melancholie überfällt mich, und ich frage mich am Ufer des Genfer Sees, ob es der Mühe lohnt, noch einen Tag zu leben. Ich denke nach, aber eine Rusit, die sich ist, wie der Sang der Mutter an der Wiege des Sohnes, lenkt meine Gedanken ab, und ich wende mich um. Ein Dreijährer von

40 Personen spielt vor dem großartigen Hotel Beau Rivage. Ich lehne mich an das Gartengitter, spähe durch das dunkle Grün der Tannen, horche auf und lausche. Die Rusit tröstet mir Hirn und Bauch. Aber die Bauern sind schrecklich, die Krämpfe stechen meine Eingeweide wie glühende Radeln. Und inzwischen wandeln die Scharen der Genesenden durch die Alleen des Parks: man hört das Knistern der Seide und Klüstern in Sprachen, die ich nicht verstehe. Ein paar alte Leute kommen an mir vorbei, es scheinen Engländer. Ich möchte sie küssen um „l'argent pour me coucher ce soir“. Aber das Wort stirbt mir auf den Lippen. Die plumpe, fahle Frau front von Gold und Juwelen. Ich habe keinen Soldo, kein Bett, kein Brot. Ich laufe stehend davon. Ach! heilige Idee der Anarchie des Gedankens und der Tat! Ist es nicht ein Recht dessen, der am Boden liegt, den zu beissen, der ihn zermalmt?

Von zehn bis elf bleibe ich unter einem alten Baum. Es blüht Wind aus Savoyen und es ist kalt. Ich gehe in die Stadt zurück und verbringe den Rest der Nacht unter dem Grand Pont (dem verpöhlenden Ring zwischen den beiden Hügeln). Am Morgen betrachte ich mich neugierig in einem Schaufenster. Ich bin nicht zu erkennen. Dann treffe ich einen Romanisten. Ich sage ihm kurz meine Lage. Er lacht darüber. Ich suche ihm. Er greift in die Tasche und gibt mir zehn Solbi. Ich stürze in einen Bäckereiladen und laufe ein Brot. Ich wende mich dem Walde zu. Mir ist, als ob ich einen Schatz besäße. Vom Mittelpunkt der Stadt entfernt, bestehe ich mit der Witwe des Verberus in das Brot. Seit 26 Stunden hatte ich nichts gegessen! Ich fühle ein bishen Leben durch die Adern rinnen. Der Mut kehrt zurück, wo der Hunger flieht. Ich beschließe zu kämpfen. So wende ich mich nach der Villa Yvonne, Avenue du Léman. Da lebt ein italienischer Sprachlehrer, ein gewisser Jini. Ehe ich in den Flur des hübschen Hauses trete, reinige ich mir die Schuhe, rufe die Aromate grade und den Hut. Ich trete ein. Jini hat einen Kopf mit krüppeligen, grauem Haar; die Nase ist phänomenal. Raum habe ich ihn auf italienisch begrüßt, so empfängt er mich mit einer Ladung von lässlichen Scherereien, jeden Tag, heiliger Herrgott! Heiliger usw. Was wollen Sie? Ich weiß nicht, wüßte nicht. Ich werde sehen, wir werden sehen. Wenden Sie sich an Borgatta, rue Solitude. Ach, wenn ich könnte! Aber es ist nicht möglich!

Zum Teufel, du, und wer dich gemacht hat, du lumpiger Kerl! Und mit diesem Gruch gehe ich meiner Wege.

Im nächsten Brief das übrige. Es wird Dir mit ein Roman scheinen und ist Wirklichkeit. Ich habe Deine Karte bekommen. Schicke mir die Ode und Nachricht von den Freunden.

Dein Freund

Benito Mussolini.

Psychologisch — oder, wenn man will: psychiatrisch beachtenswert ist, daß der junge Mensch nicht weniger als dreimal in den wenigen Tagen von dem Trieb gepackt wird, seinen Mitmenschen den Garaus zu machen, von dem theoretisch-anarchistischen Anjoll abgesehen. Die „schreckliche Wut der Ohnmacht“ — so erklärt sie jedem Proletarier erscheinen muß, war sozial unfähig. Aber es ist verhängnisvoll für ein Land, wenn dem derartigen Wutimpulsen Unterworfenen Macht gegeben ist über andere.

Schneeballschlachten im Serbade. In den Seebädern der amerikanischen Westküste ist ein neuer Sport aufgefunden, die Schneeballschlacht am Strande. Von geschäftstüchtigen Unternehmern wird aus dem hohen Norden der Schnee in besonderen Kühlwaggons nach der Westküste gebracht und dort in Blöcken verkauft. Die zahlungsfähigen Liebhaber dieses Sports, die in Badelottrien diese Schneeballschlachten veranstalten, rühmen besonders die anregende Wirkung der Schneebälle auf erholungsbedürftige Herzen.

